

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Montag, 19. Dezember 1960

Blatt 2579

Bürgermeister Franz Jonas:

Mit 1960 dürfen wir zufrieden sein!

N

19. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien gab Bürgermeister Jonas Sonntag, den 18. Dezember, einen Überblick über das ablaufende Jahr.

Der Bürgermeister führte aus: "Am vergangenen Mittwoch hat der Wiener Gemeinderat die Verhandlungen über das Budget für 1961 begonnen. Ich würde mir wünschen, daß alle Wiener diese Beratungen mit großer Aufmerksamkeit verfolgen, geht es doch darum, für welche Zwecke die großen Steuerleistungen der Bevölkerung verwendet und welche Aufgaben erfüllt werden müssen. In diesen Beratungen wird auch entschieden, wie die tausendfältigen kleinen und großen Wünsche der Bevölkerung berücksichtigt werden können. Wohl haben die Wiener im November 1959 durch die Wahl ihrer Vertreter in den Gemeinderat ihr Interesse an der Gemeindeverwaltung gezeigt. Doch dies allein wäre zu wenig. Wer seine demokratische Pflicht als Staats- und Gemeindebürger ernst nimmt, wartet nicht erst den Wahltag ab, sondern nimmt an den öffentlichen Angelegenheiten immer Anteil. Je größer das Interesse der Bevölkerung daran ist, umso besser das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Rathaus und umso größer das beiderseitige Verständnis.

Das bevorstehende Jahresende will ich zum Anlaß nehmen, Ihnen einen Bericht über die Entwicklung in diesem Jahre zu erstatten. Wie hat unsere Bevölkerung im Jahre 1960 gelebt und gearbeitet, wie hat sich die Wirtschaft entwickelt und wie steht es um die Befriedigung der vorhandenen Hoffnungen und Wünsche? Diese Fragen will ich mit Zahlen beantworten, die die Entwicklung in einigen wichtigen Arbeits- und Lebensbereichen charakterisieren.

Wohl die wichtigste Zahl, die man sich in diesem Zusammenhange vorstellen kann, betrifft die Meldung der Gebietskrankenkasse Wien über ihre Mitglieder. Sie ist vom Oktober des Vorjahres um 11.000 auf 643.000 gestiegen. Diese imponierende Zahl beweist, daß der Bedarf an Arbeitskräften nicht nur beständig geblieben ist, sondern sich sogar erhöht hat. Es wird in Wien also sehr fleißig und mit dem Aufgebot aller Kräfte gearbeitet. Das ist die Frucht aller Bemühungen um die Vollbeschäftigung. Die Wiener Gemeindeverwaltung darf feststellen - ohne sich den Vorwurf der Überheblichkeit zuzuziehen - , daß sie an dieser erfreulichen Entwicklung große Verdienste hat. Mit ihrem Bestreben, wertschaffende Investitionen vorzunehmen, sichert sie den Arbeitsplatz zehntausender Wiener. Sie sichert aber auch die Grundlage von vielen gewerblichen und industriellen Betrieben.

Aber nicht nur die Zahl der Beschäftigten kann als Maßstab für die wirtschaftliche Entwicklung verwendet werden. Es gibt auch noch andere markante Anhaltspunkte, die beweisen, daß die Lebenshaltung erfreulicherweise relativ gut geblieben ist. Als besonders auffälliges Anzeichen hierfür kann ich berichten, daß die Spareinlagen weiterhin zunehmen. Bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien betrug der Einlagenstand im November des vergangenen Jahres 2.813,000.000 Schilling. Er stieg bis Ende November 1960 um 641 Millionen auf 3.454,000.000 Schilling. . Besonders erfreulich ist, daß die Zahl der jugendlichen Sparer ebenfalls zugenommen hat. Sie ist von 100.000 im Vorjahr auf 140.000 gestiegen. Alle diese Zahlen sind in meinen Augen der beste Beweis dafür, daß die Bevölkerung ein absolutes Vertrauen in die Stabilität unserer wirtschaftlichen Lage setzt. Wer spart, denkt wirtschaftlich, legt Reserven an und sorgt damit für die Wechselfälle des Lebens vor.

Seitdem uns die Motorisierungswelle erfaßt hat, wird die Vermehrung der Kraftfahrzeuge gerne als Maßstab für die wirtschaftliche Besserung verwendet. Auch heuer kann ich Ihnen berichten, daß die Zahl der Kraftfahrzeuge in einem Jahr um rund 20.000 auf 250.000 gestiegen ist. Wohl ist die Zahl der Lastkraftwagen nur geringfügig auf 24.400 gestiegen, und die Zahl der Motorräder und Mopeds hat sich kaum verändert; es sind nämlich rund 87.400. Aber auffällig ist, daß die Zahl der Personenkraft-

wagen neuerlich um 18.600 auf 135.600 gestiegen ist. Das bedeutet eine Vermehrung von 1.550 Wagen pro Monat. Das Gedränge in den Straßen ist dadurch noch größer geworden und in manchen Teilen der Stadt und zu manchen Tagesstunden ist schon eine gefährliche Überfüllung zu verzeichnen. Eine weitere Folge ist die weiter zunehmende Parkraumnot. Hier zeigt sich am deutlichsten der anscheinend unlösbare Widerspruch, unter dem die Gemeinde wie die Kraftfahrer gleichermaßen zu leiden haben: die Autos werden auf dem Fließband erzeugt, aber sie rollen in eine Stadt, die nur sehr langsam umgebaut werden kann. Überlegen Sie folgende Zahl: Wenn wir monatlich um 1.550 Personenkraftwagen mehr haben, so bedeutet das, daß an jedem Arbeitstag 70 Wagen neu in den Straßen von Wien auftauchen und Platz haben wollen. Sie werden also verstehen, daß die Bemühungen der Gemeinde in erster Linie darauf gerichtet sind, den rollenden Verkehr zu ermöglichen und zu sichern. Deshalb müssen gewisse Vorkehrungen getroffen werden, die in früheren Jahren bei einer weitaus niedrigeren Zahl von Kraftfahrzeugen nicht notwendig waren. Ich weiß schon, daß mit solchen neuen Regelungen gewisse Einschränkungen und Schwierigkeiten für den ruhenden Verkehr unvermeidlich verbunden sind. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die Aufgabe des Verkehrswesens das Fahren ist, der Transport von Personen und Waren. Und deshalb muß der rollende Verkehr auf jedem Fall den Vorrang haben. Je mehr dieser Grundsatz anerkannt wird, desto größer wird die Bereitschaft sein, mit den Schwierigkeiten fertig zu werden.

Ich hoffe sehr, daß die neue Straßenverkehrsordnung, die mit 1. Jänner 1961 in Kraft treten wird, nicht nur für eine größere Sicherheit und für eine bessere Ordnung auf den Straßen sorgen wird, sondern daß sie auch der Gemeinde Wien bessere Handhaben für die Lösung der Verkehrs- und der Lärmprobleme gibt. Ich kann es mir aber nicht versagen, neuerlich darauf aufmerksam zu machen, daß die besten Gesetze und die kostspieligsten Verkehrsbauten wenig nützen, wenn die Menschen leichtfertig und rücksichtslos sind. Die statistischen Zahlen besagen weiterhin, daß nur zehn Prozent aller Verkehrsunfälle auf technische Mängel zurückzuführen sind, während 90 Prozent menschliches Versagen als Ursache haben. Jeder Einzelne muß sich verantwortlich fühlen

für die Sicherheit im Verkehr. Niemand kann sagen, daß ihn das nichts angeht, denn jeder von uns kann sehr plötzlich zu einem Opfer der Straße werden. In diesem Jahre hat die Wiener Bevölkerung dem Moloch "Verkehr" wieder einen furchtbaren Tribut entrichten müssen. Die Zahl der Verletzten von November 1959 bis Oktober 1960 ist im Vergleich zum Vorjahr zwar etwas gesunken. Trotzdem ist es erschreckend, wenn von 13.133 Verletzten berichtet wird. Ich bin aber erschüttert feststellen zu müssen, daß die Zahl der Toten im gleichen Zeitraum um 34 zugenommen und insgesamt 271 erreicht hat. Wohl hat an dieser erschreckenden Steigerung die unglückselige Verkehrskatastrophe vom 2. August mit 20 Todesopfern einen großen Anteil, aber auf welche Ursache ist die Steigerung noch zurückzuführen? Leider beweisen diese Zahlen, daß der Straßentod weiterhin Ernte hält, so als ob es unabwendbar und unabänderlich wäre, daß mit der steigenden Motorisierung auch die Zahl der Toten steigen müßte. Der Hinweis auf die Verkehrsoffer in anderen Städten, deren Zahl ebenfalls steigt, ist für mich auch kein Beweis. Ich glaube ganz einfach nicht, daß die steigende Motorisierung mit steigenden Todesopfern bezahlt werden muß. Es müßten nur Vernunft und Rücksichtnahme von allen Verkehrsteilnehmern als oberstes Gebot beachtet werden. Dann wäre es durchaus möglich, die Zahl der Opfer wesentlich herabzudrücken, dann könnten viele hunderte noch am Leben sein und viele tausende müßten nicht als Krüppel herumlaufen.

Ich freue mich Ihnen sagen zu können, daß die erfreuliche Entwicklung der Geburtenzahl in Wien weiterhin angehalten hat. Bis zum Jahresende werden wir ungefähr 17.550 Geburten verzeichnen können, womit gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um rund 1.150 eingetreten ist. Es sind also gegenüber dem Vorjahr monatlich um 95 Wiener Kinder mehr zur Welt gekommen. Die grundlegende Veränderung der letzten Jahre können wir dann am besten beurteilen, wenn wir uns in Erinnerung rufen, daß es im Jahre 1954 nur 11.400 Geburten gab. Wenn wir heuer um 6.150 Kinder mehr haben, so ist das wohl der beste Beweis dafür, daß die Wiener mit viel größerer Zuversicht an die Zukunft denken, weil die Existenz der Familie gesichert ist.

Während des Jahres 1960 haben wir im Fremdenverkehr, der für die Wiener Wirtschaft noch immer an Bedeutung zunimmt, weitere

Erfolge erreichen können. Die Zahl der auswärtigen Besucher ist um 35.000 auf 731.000 gestiegen, wovon 508.000 Ausländer waren. Wichtig ist natürlich die Zahl der Übernachtungen, die um 110.000 auf 2,149.000 gestiegen sind. Bei den ausländischen Gästen steht die Bundesrepublik Deutschland mit 380.000 an der Spitze, während die Vereinigten Staaten mit 334.000 die zweite Stelle einnehmen. Das ist eine außerordentlich erfreuliche Entwicklung, weil wir daraus ersehen können, daß die Anziehungskraft Wiens weiterhin steigt. Allerdings kostet es viel Arbeit, sich im internationalen Fremdenverkehr behaupten zu können, weil die Konkurrenz aller anderen Staaten und Städte begreiflicherweise sehr groß ist. Zur internationalen Belebung unseres Fremdenverkehrs haben die Wiener Jubiläumsfestwochen und die vielen internationalen Kongresse und Tagungen auch heuer wieder viel beigetragen. Ich kann mitteilen, daß auch schon für das kommende Jahr wieder sehr wichtige und große internationale Kongresse für Wien angemeldet sind.

Mein kurzer und sehr lückenhafter Überblick möge Ihnen zeigen, daß wir mit dem Jahre 1960 zufrieden sein dürfen. Wir sind vor großen Katastrophen verschontgeblieben, wir hatten verhältnismäßig sehr wenig Arbeitslose und wir konnten für unsere Heimatstadt viele notwendige und nützliche Arbeiten durchführen. Damit trugen wir wieder in entscheidender Weise zur Modernisierung und Verschönerung unserer Stadt bei. Am meisten freue ich mich darüber, daß es uns möglich war, die 60.000ste Gemeindewohnung nach dem zweiten Weltkrieg fertigzustellen. Das ist ein Markstein im sozialen Wohnbauprogramm der Stadt Wien und ein bedeutender Beitrag im Kampfe gegen die Wohnungsnot. Alle diese Erfolge verdanken wir der verständnisvollen Zusammenarbeit der Wiener Bevölkerung und der verantwortungsbewußten Haltung der Wiener Gemeindebediensteten. Mir ist es ein Herzensbedürfnis, als Bürgermeister der gesamten Wiener Bevölkerung für diese gemeinsamen Anstrengungen und Erfolge zu danken und die gleiche Arbeitsbereitschaft und Verantwortungsfreude auch für das kommende Jahr zu erbitten. An nützlichen Aufgaben wird es auch in Zukunft nicht fehlen!

Nur mehr wenige Tage trennen uns vom Weihnachtsfest. Wenn wir gesund sind und wenn es uns vergönnt ist, dieses Familien-

fest in unserem Heim verbringen zu können, so sollen wir dieses Glück besonders schätzen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß es leider auch Mitbürger gibt, die durch ein persönliches Unglück oder durch die Ungunst des Schicksals besonders viele Sorgen haben. Wir sollen auch jene nicht vergessen, die ihre Einsamkeit gerade zu Weihnachten drückend empfinden. Dann sollen wir auch an jene denken, die von Krankheit geplagt sind und in einem Spital ihre Gesundheit wieder erlangen wollen. Lassen Sie Ihr "Goldenes Wienerherz" sprechen und helfen Sie gerade zu den Weihnachtsfeiertagen einem Ihrer Mitbürger in menschlicher und unaufdringlicher Art. Sie wissen aus eigener Erfahrung, wie schön es ist, wenn man anderen Freude bereiten kann.

Zum Abschluß meiner heutigen Sendung erlaube ich mir Ihnen allen ein recht frohes und schönes Weihnachtsfest zu wünschen! Möge es Ihnen und Ihren Lieben viel Glück und Freude bringen!"

- - -

Hans Smital zum Gedenken

=====

19. Dezember (RK) Auf den 20. Dezember fällt der 100. Geburtstag des Heimatforschers Hans Smital.

In Meedl, Mähren, geboren, wurde er 1891 Lehrer in der Gemeinde Floridsdorf, in der er eine zweite Heimat fand. Er bemühte sich um die Entwicklung des Schulwesens, gründete einen Knabenhort und verfaßte eine Heimatkunde von Floridsdorf. Während des ersten Weltkrieges zum Bezirksschulinspektor ernannt, mußte er infolge Personalmangels außer seinem Bezirk auch noch Brigittenau und Döbling mitleiten. In den Nachkriegsjahren organisierte er eine Hilfsaktion für unterernährte Kinder und gründete den Floridsdorfer Waisenrat. Seine letzte Freude war die Schaffung des von ihm seit langem geplanten Bezirksmuseums. Hans Smital starb am 1. Juli 1935.

- - -

540 Tonnen Babyausstattungen in 14 Jahren
=====Bürgermeister Jonas überreichte das 150.000 Säuglingswäschepaket

19. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas überreichte heute vormittag in der Frauenklinik Gersthof Frau Brigitte Kitzberger, der Gattin eines Elektroinstallateurs aus der Donaustadt, für ihren vor wenigen Tagen erstgeborenen Sohn Robert eine Babyausstattung, wie sie vorher in den vergangenen 14 Jahren schon 149.999 Wiener Müttern kostenlos von der Stadtverwaltung bereitgestellt wurde. Es war also das 150.000. Säuglingswäschepaket der Gemeinde Wien, das seit Beginn der Säuglingswäschepaket-Aktion der Stadt Wien im November 1946 ausgegeben wurde. In Zahlen ausgedrückt waren es bis zum heutigen Tag rund 540 Tonnen Windeln, Decken, Strampelanzüge usw., im Werte von mehr als 30 Millionen Schilling.

Der Übergabe des Jubiläumspakets wohnten seitens der Stadtverwaltung Stadtrat Maria Jacobi bei. Bürgermeister Jonas beglückwünschte die junge Mutter zu ihrem kräftigen Sprößling und wünschte beiden die beste Gesundheit. Dem 150.000. Säuglingswäschepaket legte er für die Mutter einen Blumenstrauß bei, während Stadtrat Maria Jacobi für den Buben ein Sparbuch der Zentralsparkasse mit Einlage übergab.

Das Stadtoberhaupt hatte anschließend an den offiziellen Teil seines Besuches noch reichlich Gelegenheit, glücklichen Müttern von kleinen Wienern zu gratulieren; denn wie in allen Entbindungsanstalten Wiens herrscht auch in der Frauenklinik Gersthof in den letzten Jahren "Hochbetrieb". Der ärztliche Leiter, Primarius Dr. Högler, konnte dem Bürgermeister auch für das Jahr 1960 eine erfreuliche Bilanz vorlegen: bis Ende November wurden in der Frauenklinik Gersthof 3.204 Kinder geboren.

- - -

Eine neue Zweiganstalt der Zentralsparkasse
=====

19. Dezember (RK) Heute früh wurde in der Währinger Straße die neugestaltete Zweiganstalt der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für den 18. Bezirk in Betrieb genommen. Die Zweiganstalt Währing wurde den wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechend vollkommen umgebaut und modernst ausgestattet. Den Kunden stehen nunmehr 260 Sparkassenbuch-Schließflächen, eine moderne Safeanlage mit drei Boxen und 499 Schließflächen und eine Tag- und Nachttresoranlage mit Sparautomaten zur Verfügung. Besonders erwähnenswert ist die neuartige und zum erstenmal in Verwendung genommene Raumsicherungsanlage, bei der in Verbindung mit der Alarmanlage eine automatische Kamera in der Sekunde drei Fotos aller Kassenbereiche anfertigen kann. In der Zweiganstalt Währing wurde auch ein Vortragssaal geschaffen, der für Veranstaltungen des Bezirkes zur Verfügung stehen wird.

Anlässlich der Inbetriebnahme der umgebauten Zweiganstalt wurde von der Zentralsparkasse eine kleine heimatkundliche Ausstellung eröffnet, die in Zusammenarbeit mit dem Historischen Museum der Stadt Wien entstanden ist und später den Schulen und dem Währinger Heimatmuseum als Geschenk übergeben wird.

Generaldirektor Dr. Neubauer dankte bei der Eröffnungsfeier dem Architekten und den bauausführenden Firmen sowie allen Mitarbeitern für ihre Bemühungen und gab dem Wunsche Ausdruck, daß die Zweiganstalt nun noch besser den wirtschaftlichen Erfordernissen des Bezirkes entsprechen wird. Bezirksvorsteher DDr. Gräf dankte der Zentralsparkasse für ihren Entschluß, durch den Umbau der Zweiganstalt zur Modernisierung der Währinger Straße beizutragen.

- - -

Die Budgetberatungen im Wiener RathausBaubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten

19. Dezember (RK) Heute früh wurde die Behandlung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1961 im Wiener Gemeinderat fortgesetzt. Stadtrat Lakowitsch (ÖVP) referierte über die Ansätze der Geschäftsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten.

Der Referent führt unter anderem aus: Für den Arbeitsbereich der Plan- und Schriftenkammer werden sich zwei Umstände, die im Voranschlag für das Jahr 1961 gedeckt sind, als echte Rationalisierungsmaßnahmen auswirken: die Anschaffung einer automatischen Präzisionskamera für kartographische Reproduktionen, mit der eine beachtliche Leistungssteigerung bei der Herstellung von Planungsunterlagen und Stadtplänen zu erzielen ist und die Vergrößerung des Vermessungshilfspersonales.

Aus dem allgemeinen Bestreben, Zeichenarbeiten zu mechanisieren, ist auch der Umfang an Lichtbildarbeiten, die für städtische Dienststellen zu leisten sind, gewaltig gestiegen.

Die allgemeine Planungstätigkeit des Stadtbauamtes hat einen vermehrten Bedarf an Plänen und Karten zur Folge. 1958 wurden an städtischen Dienststellen 3.440, im Jahre 1959 5.300 Blätter abgegeben; heuer ist mit einer Ausgabe von etwa 8.000 Blättern zu rechnen.

Der Jahresumsatz der Lichtpaus- und Plandruckanstalten und der kartographischen Anstalten, der im Jahre 1958 632.800 Schilling betrug, stieg 1959 auf 760.000 Schilling, weil verschiedene Karten und Pläne neu aufgelegt wurden. 1960 dürfte die Auftragssumme vom Ergebnis des Vorjahres voraussichtlich nur geringfügig abweichen.

Neu eröffnet wurde die Post 28 (Sondererfordernisse) mit einem Ansatz von 660.000 Schilling. Aus diesem Kredit ist unter anderem ein Luftbildplan, der vielen Dienststellen des Magistrates als Arbeitsgrundlage dienen wird, zu beschaffen.

Die für heuer vorgesehene Anschaffung einer Reproduktionsanlage für kartographische Zwecke kam wegen Lieferungsschwierigkeiten nicht zustande. Voraussichtlich wird die Anlage Ende Mai 1961 geliefert werden.

Aus dem heuer zur Verfügung stehenden Kredit für Inventaranschaffungen wurden ein Universalinstrument für die Stadtvermessung und eine Lichtpausmaschine angeschafft. Die Lichtpausmaschine

steht als zentrale Anlage allen Dienststellen des Magistrates für Pausarbeiten, die keinen Aufschub dulden, zur Verfügung.

Die Magistratsabteilung 33, Öffentliche Beleuchtung, umfaßt zwei Tätigkeitsgruppen: die Gruppe Öffentliche Beleuchtung und die Gruppe Baubehördliche Angelegenheiten.

Das Jahr 1960 war für den Ausbau der Wiener Straßenbeleuchtung ein sehr inhaltsreiches Jahr. Viele Straßen-, Brücken- und Parkbauten machten zahlreiche Um- und Neubauten der Beleuchtung notwendig, die Beleuchtung vieler wichtiger Verkehrsstraßen wurde wesentlich verbessert und die volle Jahresquote der alten Gasbeleuchtung wurde elektrifiziert.

Durch diese Arbeiten wurde die Wiener Straßenbeleuchtung um rund 9.800 Lampen in rund 6.000 Lichtstellen (Leuchten) vermehrt.

Ende 1960 werden daher rund 95.350 Lampen in 83.000 Leuchten in Betrieb sein und zwar rund 93.000 Lampen in 80.600 elektrischen Leuchten und rund 2.400 Gaslaternen.

Die Errichtung neuer Wohnviertel durch die Gemeinde Wien oder private Genossenschaften und die Schaffung neuer umfangreicher Verkehrsbauten haben zahlreiche Neubauten von Straßenbeleuchtungsanlagen notwendig gemacht. Die wichtigsten davon sind: die oberirdische Beleuchtung rund um das neue Verkehrsbauwerk Schottentor, die wegen des großen Spitzenverkehrs an dieser Stelle nur mit Hochdruckquecksilberdampflampen bewältigt werden konnte, die Freudenufer Hafestraße, die mit Natriumdampflampen ausgestattet worden ist, der neue Autobusbahnhof nächst dem Südtiroler Platz, die Nordbergstraße beim Julius Tandler-Platz, der Nothnagelplatz, die Straßen bei der Siedlung Wulzendorf, die Knotzenbachstraße und die Hochstraße. Die bemerkenswertesten Umbauten 1960 waren: Ballhausplatz, Invalidenstraße, Am Heumarkt, Landstraßer Brücke, Große Ungarbrücke, Vordere Zollamtsstraße, Julius Tandler-Platz, Alserbachstraße, Simmeringer Hauptstraße bis Gemeindegrenze (Natriumdampflampen), Währinger Gürtel, Wagramer Straße.

Die Gaslaternen in Wien jenseits der Donau, also in den weiten Gebieten des 21. und 22. Bezirkes, sind endgültig verschwunden. In den meisten Fällen ist an ihre Stelle eine unvergleichlich bessere elektrische Beleuchtung getreten. So sind z.

Beispiel die Erzherzog Karl-Straße und die Wagramer Straße mit Natriumdampflampen ausgestattet worden.

Auch der 3., der 11. und der 16. Bezirk sind 1960 "entgast" worden. Im 3. Bezirk ist dadurch das als Ausläufer der Simmeringer Haide landschaftlich und auch baulich etwas stiefmütterlich bedachte Gebiet um das Erdberger Mais (Rundweg, Franzosengraben und so weiter) zu einer modernen, hellen Beleuchtung gekommen. Im 15. Bezirk ist der gesamte Wilhelminenberg einschließlich Savoyenstraße und Johann Staud-Gasse und das ganze Liebhartstal mit einer modernen elektrischen Beleuchtung ausgestattet worden.

Im Zusammenhang mit den Elektrifizierungsarbeiten muß erwähnt werden, daß aus technischen und wirtschaftlichen Gründen in den meisten Fällen der Sprung vom alten Gaslicht auf die neuen Entladungslampen durchgeführt werden muß. Dieses Überspringen des Glühlampenlichtes in den bisherigen Gasgebieten wird vielfach von den Bewohnern jener Gegenden, in welchen seit längerem Glühlampenlicht besteht, nicht verstanden. Sie hätten auch gerne neue Entladungslampen. Auf der einen Seite ist es selbstverständlich, daß bei großen Neuinvestitionen, wie sie bei den Elektrifizierungsarbeiten vorkommen, durch Wahl der neuen Entladungslampen, die viel weniger Strombedarf und eine weitaus längere Lebensdauer aufweisen, auf die zukünftigen wesentlich billigeren Betriebskosten unbedingt Bedacht genommen werden muß, auf der anderen Seite ist es klar, daß die rund 60.000 Glühlampen in den Wiener Straßen nicht in kurzer Zeit auf Entladungslampen umgebaut werden können.

1960 ist auch die Beleuchtung vieler Hauptstraßen und Kreuzungen ihrer Verkehrsbedeutung entsprechend verbessert worden. Besonders zu erwähnen sind: Universitätsstraße, Weißkirchnerstraße, Innstraße, Schwarzenbergplatz, Rennweg, Alserbachstraße, äußere Favoritenstraße mit Natrium, Laaer Berg-Straße, Altmannsdorfer Straße, Schönbrunner Schloßbrücke, Hernalser Gürtel, Währinger Gürtel, Billrothstraße, Grinzinger Allee, Rauscherstraße, Brünner Straße, Wagramer Straße.

In den Randgebieten wurden 1960 rund 600 neue Lichtstellen installiert und zwar in Erlaa, Atzgersdorf, Mauer, Inzersdorf, Siedlung Aspern, Nordrandsiedlung (Grenzweg).

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Wiener Straßenbeleuchtung im Jahre 1960 sowohl quantitativ als auch besonders

qualitativ wesentlich verbessert worden ist.

Die offiziellen Angaben über die Westberliner Straßenbeleuchtung beweisen, daß die Wiener Straßenbeleuchtung auch in Europa einen guten Platz hält. Obwohl es in Westberlin 2,2 Millionen Einwohner gibt, werden nur 74.500 Straßenleuchten ausgewiesen, während Wien bei 1,66 Millionen Einwohnern 83.000 besitzt. Berlin hat aber noch 46.500 Gaslaternen und nur 28.000 elektrische Leuchten, während Wien nur mehr 2.400 Gaslaternen in Betrieb hat. Das wirkt auch auf die Betriebs- und Instandhaltungskosten zurück. Berlin zahlt dafür bei weitaus weniger Leuchten jährlich 12,5 Millionen DM, das sind 75 Millionen Schilling, und Wien bloß 35 Millionen Schilling.

Im Jahre 1960 wurden drei zentralgesteuerte öffentliche Uhren in Betrieb genommen und an 16 Uhren die Zifferblätter mittels Leuchtstofflampen neu beleuchtet. Sechs weitere Uhren sind an das Zentraluhrensystem angeschlossen worden, sodaß nunmehr 82 Uhren zentralgesteuert sind. Damit ist nun bald jene Anzahl von guten, zentralgesteuerten Uhren erreicht, die für die öffentliche Zeitgebung Wiens ausreichend sein dürfte.

Im Jahre 1960 wurde die elektrische Installation von 22 Verkehrslichtsignalanlagen durchgeführt. Jedenfalls ist die Arbeit für die neuen Verkehrslichtsignale so stark gewachsen, daß sie ohne wesentliche Personalvermehrung nur mehr geleistet werden kann, wenn es gelingt, kurzfristig leistungsfähige Firmen zu finden, die imstande sind, Verkehrslichtsignalanlagen nach einem vorliegenden Projekt mit allen Nebenarbeiten und unter Beistellung des gesamten Materials ganz selbständig auszuführen.

1960 wurde die Anleuchtung der Peterskirche neu installiert. Die bereits bestehende Festbeleuchtung wurde wie in den Vorjahren vom Beginn der Festwochen bis Ende September in Betrieb gehalten.

In den kommenden zwei Jahren wird die beschleunigte Elektrifizierung der restlichen Gasbeleuchtung abgeschlossen werden. 1961 werden im wesentlichen der 17., 18., und 19. Bezirk "entgast" werden und 1962 der 1., 13., 14. Bezirk. Mit der vollständigen Elektrifizierung des 1. Bezirkes soll auch die unzulängliche Beleuchtung der Wiener Ringstraße neu gestaltet werden. Ein diesbezügliches Projekt liegt bereits vor und wird derzeit von den zuständigen Stellen geprüft. Ebenso werden die bereits vorliegenden Vorschläge über jene

./.

bisher gasbeleuchteten Gebiete geprüft werden, die wegen ihrer historischen Verbauung und wegen ihrer Verkehrslage eine Beleuchtung unter weitgehender Beibehaltung der herkömmlichen Kandelaberformen gestatten. Dazu muß aber grundsätzlich gesagt werden, daß durch das Bewahren der alten Formen die Lichtwirkung sehr stark eingeschränkt wird. Es besteht eben ein natürliches Junktin zwischen modernem Verkehr und altstädtischer Atmosphäre.

Im übrigen werden im nächsten Jahr die unterirdischen Fußgängerdurchgänge am Schottentor, an der Bellaria und bei der Babenberger Straße sehr gut und repräsentativ beleuchtet werden.

Die Magistratsabteilung 35, Allgemeine Baupolizeiangelegenheiten: Der Gesamteinlauf an Dienststücken aller sechs Referatsgruppen der Abteilung betrug in der Berichtszeit 38.493 Stück (im Vorjahr 37.126 Stück). Erledigt wurden 36.173 Stück (gegenüber dem Vorjahr 35.805 Stück).

Als Baubehörde für Bauten von Gebietskörperschaften, Bauten auf Eisenbahngrund, von kirchlichen Bauten und fachberatende Dienststelle für Bundesbauten waren 540 Bauverhandlungen erforderlich. Zu den bemerkenswertesten Bauten dieses Bereiches hinsichtlich ihrer Eigenart, besonderer Höhe, des Widmungszweckes und so weiter, wären zu erwähnen:

Die Wohnhausanlage Eisenstadtplatz, Nothnagelplatz, Breitenfurter Straße, Langobardenstraße, die Autobusgarage Spetterbrücke, drei Kirchen und ein Klosterbau, der Umbau der Volksoper, Bahnhof Hauptzollamt, Frachtenbahnhof Südbahnhof, Museum für zeitgenössische Kunst und ähnliches mehr.

Eine nicht zu übersehende Anforderung an diese Referatsgruppe stellten die beim Stadtplaner anberaumten Strukturplanbesprechungen dar. Sie bilden die Grundlage der bezüglichen baubehördlichen Bewilligungen, die oft infolge wesentlicher Bebauungsplanabänderungen die Baubehörde vor schwierige Aufgaben stellen. So löst zum Beispiel die dauernde Belassung einer sichtbaren Feuermauer eines mehrstöckigen Gebäudes durch einen definitiven ebenerdigen Anschlußbau oder ihre völlige Freistellung (Simmeringer Hauptstraße 32, 106; Semparstraße 32, Veilheimergasse) die kompliziertesten Verhandlungen mit den betroffenen Anrainern aus.

Als Merkmal der weiterhin anhaltenden Wirtschaftskonjunktur können auch die Leistungen der maschinentechnischen Refe-

ratsgruppen der Abteilung herangezogen werden. Durch entsprechende Vollbesetzung der bezüglichen Dienstposten und Arbeitsintensivierung konnte eine Leistungssteigerung dieser Gruppe um 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr erzielt werden.

Einer dringenden Regelung bedarf das Problem der Öllagerungen in Wohnungen, für das derzeit allein die Mineralölverordnung aus dem Jahre 1901 maßgebend und nach der somit eine Lagerung von 300 Kilogramm ohne besondere Vorkehrung zulässig ist. Bei der ständig wachsenden Zahl der Ölöfen in Wohnhäusern wird eine Neuregelung nach den Vorbildern und Erfahrungen des Auslandes (Westdeutschland, Schweiz, Skandinavien) nicht zu umgehen sein. Vergleichsweise werden dort nur 100 Liter je Wohnung und pro Wohnhaus mit gemeinsamer Versorgungsanlage 2.000 Liter zugelassen.

Von schwerwiegender Verantwortung müssen auch die in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei durchgeführten Untersuchungen nach Bränden und Explosionen bezeichnet werden. Es gelang in allen Fällen den schlüssigen Beweis für die Ursache zu erbringen.

Bei der Gruppe Theater- und Kinopolizei hat der Arbeitsanfall und damit die Leistung in der Berichtszeit gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahr einen rund 14-prozentigen Rückgang erfahren. Der Rückgang auf dem Gebiete des Kinowesens muß wohl als zeitbedingt bezeichnet werden und hängt in erster Linie mit der Ausbreitung des Fernsehens zusammen.

Die Magistratsabteilung 36 und 37, Bau-, Feuer- und Gewerbepolizei für die Bezirke 1 bis 23. Im allgemeinen ist bei der Baupolizei eine Steigerung des Akteneinlaufes im Durchschnitt um sieben Prozent zu verzeichnen. Es hat sich nur die Art der einzelnen Baudurchführungen geändert. Während bei der Magistratsabteilung 36 gegenüber dem Vorjahr die Anzahl der Wohnungen, für die eine Baubewilligung erteilt wurde, um fünf Prozent gesunken ist, mehren sich in letzter Zeit die Großbauten auf dem Sektor der Büro- und Geschäftshäuser. Bei der Magistratsabteilung 37, also den Außenbezirken, ist der Bau von Einfamilienhäusern rückläufig, während die Baubewilligungen für Wohnhäuser und Wohnhausanlagen zunehmen.

Die Zahl der eingelaufenen Akten in beiden Abteilungen beträgt 94.055, Aktenauslauf, das heißt enderledigte Akten, 92.210. Die Zahl der Baubewilligungen im Rahmen dieser Aktenbewegung beträgt 7.963.

Das Wachsen der erteilten Bauaufträge zeigt die Ziffer von heuer mit 5.375 gegenüber 4.955 im Vorjahr und ist vornehmlich darauf zurückzuführen, daß die Baubehörde nunmehr den Zeitpunkt als gekommen erachtet, den seit Jahrzehnten vernachlässigten Bauzustand der Althäuser wieder in Ordnung zu bringen und daher in größerem Ausmaß Aufträge zur Instandsetzung von Hausfassaden erteilt.

Die Zahl der Wohnungen, für die im vergangenen Jahr auf dem Privatsektor die Benützungsbewilligung erteilt wurde, beträgt 7.399. In städtischen Wohnhausanlagen wurden Benützungsbewilligungen für 4.312 Wohnungen erteilt.

Der schon seit Jahren bestehende und von Jahr zu Jahr steigende Personalmangel konnte auch in diesem Jahre nicht nur nicht behoben werden, sondern ist noch drückender geworden. Kommt doch zu der personell fast ungedeckt gebliebenen Leistungssteigerung des Vorjahres von zehn Prozent heuer eine solche von neuerlichen sieben Prozent hinzu, der eine Personalvermehrung von 1,3 Prozent gegenübersteht. Eine vollständige Besetzung der laut Dienstpostenplan genehmigten Dienstposten konnte bis heute nicht erreicht werden.

Bezüglich der Vergütung von Mehrleistungen kann nur auf den bereits seit Jahren vorgebrachten, im folgenden wörtlich wiederholten Antrag hingewiesen werden: "Die technischen Bediensteten der Baupolizei wünschen, daß ihre Mehrdienstleistungen infolge der Unterbesetzung von Personal gerechterweise so wie in anderen Abteilungen des Bauamtes (Hochbau, Straßenbau usw.) in Form von Personalzulagen abgegolten werden. Es ist unverständlich, daß gerade die Bediensteten der Baupolizei weiterhin als Stiefkind im Bauamt behandelt werden, obwohl bereits an höchster Stelle dieses Mißverhältnis eingesehen und Abhilfe zugesagt wurde."

An bemerkenswerten Bauten in den inneren Bezirken Wiens sind anzuführen: Aspernplatz 2: Bürohaus Nordstern; Hoher Markt 3: Kammergebäude; Liebenberggasse 6: Hochhaus auf den Gartenbaugründen; Stadionallee Donaulände: Atomreaktor der Österreichischen

Hochschulen; Praterstraße 1-7: Hochhaus der Bundesländerversicherung; Johannesgasse 28: Hotelbau der Allgemeinen Hotel AG; Vordere Zollamtsstraße 13: Bürohaus der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

Die Überlastung der Magistratsabteilung 37 ist so groß, daß für eine einigermaßen brauchbare Überwachung des wilden Bauens insbesondere im Wald- und Wiesengürtel kein Personal zur Verfügung steht. Dies zeigt sich auch im Rückgang der Baueinstellungen um acht Prozent. Es wurde daher, um den berechtigten Klagen einiger Bezirksvorsteher gerecht zu werden, bei der Magistratsdirektion die Zuteilung von zwei Beamten zur sektorenweisen Überwachung des Wald- und Wiesengürtels beantragt. Dieser Antrag wurde abgewiesen. Die Magistratsabteilung 37 sieht sich daher zu einer laufenden Überwachung außerstande. Krasse Einzelfälle werden selbstverständlich weiter aufgegriffen werden, doch lehrt die Erfahrung, daß eine abschreckende Wirkung so lange nicht zu erzielen sein wird, als nicht Abtragungsaufträge mehrmals im Wege der Ersatzvornahme vollstreckt werden.

Die Magistratsabteilung 39, Städtische Prüf- und Versuchsanstalt, war im Jahre 1960 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des vorigen Jahres noch intensiver beschäftigt. Die Zahl der Prüfanträge hat um rund sieben Prozent zugenommen.

In größerem Umfang wurden Betongüteprüfungen für die Verkehrsbauwerke am Schottenring, bei der Babenbergerstraße und bei der Bellaria sowie von der Heiligenstädter Brücke, ausgeführt.

Die Magistratsabteilung 40, Technische Grundangelegenheiten: Am 7. Jänner 1960 wurde diese Abteilung in die verkleinerte Magistratsabteilung 40 (Technische Grundangelegenheiten) und das Baudirektions-Referat VI (Liegenschaftstransaktionen - Technische Mitwirkung) geteilt. Damit ging die Begutachtung der Notwendigkeit des An- und Verkaufes von Liegenschaften für die Stadt Wien und die Begutachtung der Preisangemessenheit solcher Liegenschaften sowie die Mitwirkung bei der Beschaffung der für Zwecke der Stadt Wien notwendigen Grundflächen auf das vorerwähnte, neu geschaffene Baudirektions-Referat über.

Wie im letzten Bericht sei auch heuer eine einzige Arbeit der Magistratsabteilung 40 wieder ihres sehr bedeutenden Umfanges

und ihrer Schwierigkeit halber durch namentliche Anführung besonders hervorgehoben, nämlich die im Auftrage der Baudirektion vorzunehmende Schätzung der voraussichtlichen Kosten von vier Varianten der Einmündung der Schnellverkehrsstraße Flötzersteig in die geplante Westeinfahrt der Autobahn.

Die Magistratsabteilung 41, die Stadtvermessung, hat alle im Bereiche des Wiener Magistrates benötigten vermessungstechnischen Arbeiten herzustellen. Es gibt kein größeres Bauvorhaben der Stadt, für das nicht vorher, und meist noch während und auch nach den Bauarbeiten, genaueste Messungen und Berechnungen der Magistratsabteilung 41 notwendig wären, die alle erst die Voraussetzung für die so erfolgreiche Tätigkeit der bauplanenden und bauausführenden Stellen bilden. Ganz besonders sind in diesem Zusammenhang die großen Verkehrsbauwerke der Stadt Wien zu nennen, wie zum Beispiel die Arbeiten am Schottentor, an Babenbergerstraße und Bellaria, bei der Prager Straßenbrücke usw. Die Verantwortung für das klaglose Zusammenpassen der von den verschiedenen Stellen auszuführenden Baumaßnahmen und für die maßgerechte Einhaltung der Baupläne hat allein die Stadtvermessung zu tragen.

Im Personalstand der Magistratsabteilung 41 wurde diesen Verhältnissen bis jetzt allerdings noch nicht Rechnung getragen. Besonders störend machte sich heuer erstmals die nicht ausreichende Zuteilung von Vermessungshilfspersonal geltend.

Im kommenden Jahr wird ein neuer Luftbildplan von Wien hergestellt werden. Damit wird es möglich sein, alle in den vergangenen fünf Jahren im Raum von Wien eingetretenen topographischen Veränderungen dokumentarisch festzuhalten. Eine derartige Luftbildaufnahme unserer Stadt soll auch in Hinkunft alle fünf Jahre durchgeführt werden.

Die Magistratsabteilung 43, Friedhofsverwaltung, konnte im laufenden Jahre ihre wirtschaftliche Lage wieder verbessern. Die präliminierten Einnahmen von 49,850.000 Schilling werden voraussichtlich um mehr als acht Millionen Schilling überschritten werden und den tatsächlichen Betrag von 58 Millionen Schilling erreichen. Dieser zirka 16prozentigen Steigerung entsprechen auch größere Ausgaben, doch dürfte sich trotzdem ein Überschuß von einigen hunderttausend Schillingen ergeben, welcher mit Einrechnung der den Friedhofsbetrieb als Ausgabe belastenden Wertabschreibungen etwa vier bis fünf Prozent der Gesamteinnahmen betragen wird.

Das angestrebte Ziel der Selbsterhaltung des Friedhofsbetriebes ist nun schon seit drei Jahren Wirklichkeit geworden.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Magistratsabteilung 43 ist das rechtzeitige Öffnen und Schließen der Gräber für das Beerdigen der Verstorbenen. Die Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 45 Arbeitsstunden in der Woche konnte bei dieser Tätigkeit ohne Personalvermehrung teils durch Arbeitsintensivierung, teils durch geringfügige bezahlte Mehrdienstleistungen wettgemacht werden. Trotzdem sind die Ausgaben für das Öffnen und Schließen der Gräber durch private Firmen innerhalb der letzten Jahre von 80.000 Schilling auf 510.000 Schilling angestiegen. Die Ursache ist in den verhältnismäßig langen Beerdigungsfristen zu suchen. Vor dem zweiten Weltkrieg wurden fast 91 von 100 Verstorbenen spätestens am vierten Tage nach dem Sterbetage beerdigt. Im letzten Jahr waren es kaum 33 von 100. 67 von 100 Verstorbenen wurden erst am fünften bis zehnten Tage nach dem Todestag bestattet.

Im Jahre 1959 wurde die Kundmachung über die Benützung der städtischen Friedhöfe novelliert und damit insbesondere der Fahrzeugverkehr geregelt und auf das notwendige Ausmaß eingeschränkt.

Die Vorarbeiten für die seinerzeit angekündigte Einrichtung eines öffentlichen Verkehrsmittels im Wiener Zentralfriedhof schreiten gut vorwärts. Nach dem gegenwärtigen Stand der Arbeiten wird die Freimachung der parallel zu den zu befahrenden Straßenzügen verlaufenden Fußgeherstreifen Mitte 1961 abgeschlossen sein. Nach ihrem Ausbau als Verkehrsflächen für die Leichenzüge und Fußgeher steht der geplanten Einrichtung eines Massenverkehrsmittels nichts mehr im Wege.

In den letzten Jahren ist es immer wieder gelungen, auf den Friedhöfen die erforderliche Anzahl von neuen Grabstellen bereit zu halten. Nunmehr sind die nicht mehr vergrößerungsfähigen Friedhöfe Hadersdorf, Leinz und Ottakring für die Neubelegung neben den gesperrten Friedhöfen Meidling, Altmannsdorf, Hetzendorf, Gersthof, Pötzleinsdorf und Heiligenstadt ausgefallen. Das gleiche gilt für die Friedhöfe Hütteldorf, Hietzing und Dornbach, bei welchen wohl entsprechende Erweiterungen vorgesehen sind, jedoch der Erwerb der notwendigen Grundstücke bis jetzt noch nicht erfolgt ist. Sollen nicht ernstliche Schwierigkeiten bezüglich der Beerdigungen im Westteil von Wien eintreten, müssen die Grundstückskäufe rasch

eingeleitet und abgeschlossen werden.

Die hier geschilderte Situation, die sich seit dem Ende des zweiten Weltkrieges in ähnlicher Art schon des öfteren wiederholt und nur durch Improvisationen kurzfristig geklärt werden konnte, hat die Leitung des Friedhofsbetriebes veranlaßt, ein Projekt auszuarbeiten, welches bei zeitgerechter Durchführung die notwendigen Beerdigungsflächen bis etwa zur kommenden Jahrhundertwende sicherstellt. Es sieht die Schließung von 16 Friedhöfen mit nur mehr sehr geringer Belegungsfähigkeit sowie die Erweiterung von 22 Friedhöfen vor. In späterer Zukunft soll durch ähnliche Maßnahmen die Anzahl der Friedhöfe von derzeit 46 auf rund 24 verringert werden.

Einzelne Kriegsgräber auf verschiedenen Friedhöfen wurden aufgelassen und die Toten in die großen Anlagen des Wiener Zentralfriedhofes umgebettet. Im Südwest- und im Liesinger Friedhof wurden solche Anlagen ausgebaut und verschönert.

Der Voranschlag 1961 der Magistratsabteilung 43 weist 60 Millionen Schilling Einnahmen und Ausgaben in der gleichen Höhe aus. Ein Vergleich mit dem Jahre 1937 (Einnahmen 5,470.000 Schilling) zeigt, daß die Umsatzsteigerung das Elffache beträgt. Damals war der Anteil der Gebühren 71 Prozent, derzeit ist er aber nur 60 Prozent, das heißt, daß die Gebühren in geringerem Ausmaße valorisiert worden sind. Tatsächlich kostete damals zum Beispiel das billigste eigene Grab 50 Schilling und das teuerste 420 Schilling. Heute sind die entsprechenden Gebühren 160 Schilling und 1.280 Schilling.

Die Magistratsabteilung 46, Technische Verkehrsangelegenheiten, hat an zahlreichen eisenbahnbehördlichen Verfahren teilgenommen, die sich mit dem Neu-, bzw. Umbau von Bahnbrücken, dem Neubau des Nordbahnhofes, des Bahnhofes Hauptzollamt, Rennweg und Floridsdorf sowie mit dem Umbau und der Sicherung schienengleicher Eisenbahnübergänge befaßten.

Als technische Straßenaufsichtsbehörde war diese Dienststelle bei der Projekterstellung verschiedener Bauvorhaben (Autostraße, Wientalstraße, zwischen Pilgramgasse und Schleifmühlgasse, Schnellstraße bei der Hietzinger Brücke, usw.) maßgeblich beteiligt und hat die Verkehrsmaßnahmen für die Großbaustellen am Ring und Schottentor, wie auch für alle übrigen Arbeiten sämtlicher arbeitsführenden

der Dienststellen und Betriebe, festgelegt.

Für Schwer- und Sondertransporte wurden im Berichtszeitraum 1.229 Bescheide ausgestellt. In straßenpolizeilicher Hinsicht wurden in 685 Fällen Gutachten über Verwendung von Verkehrsflächen für verkehrsfremde Zwecke abgegeben.

Als Straßenverwaltung hat die Magistratsabteilung 46 in den vergangenen neun Monaten 1.047 Verkehrszeichen und 744 Ständer neu aufgestellt. Für Teilgebiete des 6. und 7. Bezirkes mußte die Kennzeichnung von Kurzparkzonen samt den hiezu erforderlichen Erhebungsarbeiten durchgeführt werden. Im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der neuen Straßenverkehrsordnung 1960 wurden die notwendigen Abänderungen der bestehenden gekennzeichneten Ladezonen erhoben.

Im Rahmen mehrerer Verhandlungen mit den beteiligten Dienststellen wurde die künftige Signalisierung der Ein-, bzw. Ausfallstraßen Wiens durch Wegweiser und Vorwegweiser, teilweise transparenter Ausführung behandelt. Entsprechend den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung 1960 werden für Wien künftighin auch Ortstafeln aufgestellt.

Das Arbeitsgebiet "Bodenmarkierung" hatte im erwähnten Zeitraum eine neuerliche Steigerung zu verzeichnen. So wurden Sperr- und Leitlinien sowie Zebraübergänge in einem Ausmaß von rund 14.500 Qudaratmeter und 1.500 Pfeilsignale in 1.680 Tag-, bzw. Nachtstunden markiert. Es ist zu erwarten, daß diese Arbeiten auf Grund der neuen Straßenverkehrsordnung im kommenden Jahr weiter zunehmen werden.

Auf dem Gebiete der Verkehrslichtsignalanlagen erweist es sich auf Grund der Bestimmungen der neuen Straßenverkehrsordnung als erforderlich, alle in Wien derzeit bestehenden Schutzwege (Zebrastreifen) bis zum 30. Juni 1961 entweder aufzulassen oder mit bestimmten Sicherungseinrichtungen zu versehen. Zur Feststellung, welche der genannten Sicherungen in jedem Einzelfalle in Frage kommt, wurden sämtliche Schutzwege unter Teilnahme aller beteiligten Dienststellen kommissioniert und hiebei beantragt: neun Schutzwege werden mit Verkehrszeichen "Fußgängerübergang" und Querlinie; 62 Schutzwege durch Blinklichtanlagen; 19 Zebrastreifen, vorläufig mit Blinklichtanlagen, mit späterem Ausbau

zu Verkehrslichtsignalanlagen und 34 Schutzwege durch Verkehrslichtsignalanlagen gesichert. An etwa 26 Örtlichkeiten wurde die vorübergehende Auflassung der vorhandenen Schutzwege mit der Auflage beschlossen, an diesen spätestens im Jahre 1962 Verkehrslichtsignalanlagen zu errichten.

Zur Ermöglichung eines fließenden Fahrzeugverkehrs ist beabsichtigt, in einer Reihe von Straßenzügen die vorhandenen Verkehrslichtsignalanlagen entsprechend umzubauen und mit den neu zu errichtenden Anlagen nach dem System der "Grünen Welle" zu koordinieren, zum Beispiel auf der inneren Mariahilfer Straße, Simmeringer Hauptstraße, Oberen Donaustraße, Praterstraße, am Franz Josefs-Kai, usw.

Außerdem sind noch folgende Bauvorhaben für Verkehrslichtsignalanlagen erforderlich: Fertigstellung der Signalgruppe "Schottentor"; Einbeziehung der Kreuzungsstelle Universitätsstraße - Ebendorferstraße in die Signalgruppe "Schottentor"; Verkehrslichtsignalanlage nächst dem schrankengesicherten Eisenbahnübergang 12, Altmannsdorfer Straße - Edelsinnstraße; erster Teil der Arbeiten für die Sicherung der Kreuzungsstellen Salztorbrücke am Franz Josefs-Kai, bzw. Obere Donaustraße; erster Teil der Arbeiten der künftigen Signalgruppe Gürtelstraße - Nußdorfer Straße - Döblinger Hauptstraße - Billrothstraße - Sternwartestraße - Pulverturm-gasse - Anastasius Grün-Gasse - Liechtenwerder Platz; Fertigstellung der 1960 bereits begonnenen Bauvorhaben: Große Ungarbrücke - Heumarkt, Rennweg - Fasangasse - Ungargasse, Friedensbrücke - Roßauer Lände; Fußgängerübergang Hietzinger Hauptstraße nächst Schönbrunner Schloßstraße.

Falls es die Personalverhältnisse, die Liefermöglichkeiten und die zur Verfügung stehenden Geldmittel erlauben, ist weiter noch an die Ausführung nachstehender Signalbauprojekte gedacht, für die zum Teil fertige Projekte bereits vorliegen: 12, Edelsinnstraße - Schönbrunner Allee; 10. Bezirk, die Kreuzungen der Laxenburger Straße mit der Landgutgasse, Gudrunstraße und Quellenstraße sowie die Kreuzungen der Favoritenstraße mit den gleichen Querstraßen; 16. Bezirk, die Kreuzungen der Possingergasse mit der Gablenzgasse - Koppstraße und Thaliastraße sowie der Wattgasse mit der Ottakringer Straße, bzw. Wilhelminenstraße; die Kreuzungen der Hütteldorfer Straße mit der Johnstraße, Reinl-

gasse und Huglgasse sowie der Felberstraße - Schweglerstraße und der Mariahilfer Straße - Winckelmannstraße; 20, Wallensteinstraße - Klosterneuburger Straße und Umbau des Walleinsteinplatzes.

Bei der Magistratsabteilung 49, Stadtforstamt, handelt es sich um reine Wohlfahrtswälder und nicht um Wirtschaftswälder. Die Erhaltung und Verbesserung des Wald- und Wiesengürtels und der Wälder im Einzugsgebiet der I. und II. Wiener Hochquellenleitung ist aber für das Wohl unserer Bevölkerung zumindest ebenso wichtig wie die Anlage von gärtnerisch gestalteten Grünflächen im Stadtbereich. Es wäre daher auch auf diesem Sektor jene Großzügigkeit angezeigt, wie sie auf anderen Gebieten, zum Beispiel bei der Ausgestaltung von Gartenanlagen, schon lange geübt wird. So kann zum Beispiel dem Wunsche weiter Kreise der Bevölkerung nach Aufstellung von Ruhebänken im Wald- und Wiesengürtel, der Anbringung geschmackvoller Wegweiser, von Abfallkörben und ähnlichem, mit einem bewilligten Betrag von 25.000 Schilling wohl kaum entsprochen werden.

Der Lainzer Tiergarten wurde heuer von 203.185 Personen besucht. Der Rückgang der Besucheranzahl um rund zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr war durch die Schlechtwetterperiode des Frühsommers verursacht. Das in diesem Jahr neu eingeführte Radiospielverbot im Lainzer Tiergarten hat allgemeine Anerkennung gefunden.

Über das Schicksal der Hermesvilla konnte auch in diesem Jahr keine Entscheidung herbeigeführt werden. Das Rasthaus Hirschstamm im Lainzer Tiergarten hat sich nicht nur als großer Anziehungspunkt für die Besucher gezeigt, sondern auch insbesondere bei einem plötzlichen Schlechtwettereinbruch als zu klein erwiesen. Es wurde daher beim Rasthaus Hirschstamm eine rund 200 Personen fassende, gedeckte Holzveranda errichtet und weiters eine Kühlanlage für Lebensmittel im Hauptgebäude eingebaut.

Der Wildstand in den städtischen Wienerwaldforsten hat nicht nur alle Nachkriegsschäden überwunden, sondern kann bereits als gut, bzw. normal, bezeichnet werden. Durch eine gelungene Wiedereinbürgerung von Rothirschen im Lainzer Tiergarten hat der Wildbestand eine wertvolle Bereicherung erfahren.

Der Pflege der Quellenschutzwälder wurde wieder besonderes Augenmerk zugewendet. Zum Schutze der in den Wäldern Wiens ruhe- und erholungsuchenden Ausflügler wurde durch die Magistratsabteilung 70 eine Magistratskundmachung über Verkehrsbeschränkungen im Wald- und Wiesengürtel (Fahrverbote auf Waldwegen im 14., 16. und 19. Wiener Gemeindebezirk) erlassen.

Im Bereich der Forstverwaltung Lobau wurden zum weiteren Ausbau des Ölhafens, zur Führung einer Heizölleitung und zum Zwecke einer Baggerung beim Hafen Albern durch Bescheid der zuständigen Magistratischen Bezirksämter 10.37 Hektar zur Rodung freigegeben. Diese Aufgabe von Waldgrund war im allgemeinen Interesse gelegen. Das allgemeine Interesse fordert jedoch auch die Schaffung eines entsprechenden Ersatzes für diese verlorenen Erholungsflächen. Am Lauer Berg gingen die Pflegearbeiten die ganze Saison hindurch weiter, und es ist auch im kommenden Jahr eine weitere Pflege dieser gelungenen Aufforstung vorgesehen.

532.000 Forstpflanzen wurden versetzt, davon 102.000 aus eigenen Forstgärten. Auch im kommenden Jahr sollen 487.000 Pflanzen versetzt werden, die Flächen für die Verjüngung freigeschlägert, bestehende Kulturen gepflegt werden.

Der Wiener Bevölkerung wird mit dem Wienerwald ihr Erholungsgebiet erhalten und verbessert und durch eine entsprechende Bewirtschaftung der Quellenschutzforste den Wiener Wasserwerken die Gewähr zur ausreichenden Versorgung der Großstadt mit dem weltberühmten Wiener Hochquellenwasser gegeben. So wird das Erhalten aller Grünflächen, besonders am Rande der Stadt, zur größten Verpflichtung!

Was nützt es, wenn wir der Tuberkulose Herr geworden sind, dafür aber durch die Vergiftung der Luft durch schädliche Abgase die Lungen unserer Mitbürger gefährden lassen. Daher Kampf um jeden Grashalm, denn er selbst trägt zur Verbesserung der Luft bei.

Abschließend dankt Stadtrat Lakowitsch allen in diesen Geschäftsgruppen Beschäftigten. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Debatte über die Geschäftsgruppe VII

GR. Hausner (KLS) begrüßt einleitend die neue Straßenverkehrsordnung, die endlich einen Schutz für alle Verkehrsteilnehmer, auch für die Fußgänger, gewährleisten soll. Bei der Ausarbeitung dieser Verordnung wurde die Bevölkerung erstmals zur Mitarbeit herangezogen. Aufgabe der Stadtverwaltung wäre es nun, in Form einer Postwurfsendung alle Haushalte über diese neue Straßenverkehrsordnung zu informieren. Viel habe die Stadtverwaltung im abgelaufenen Jahr auf dem Verkehrssektor getan. Sehr viel gibt es aber auch noch zu tun, wie die Unfallziffern zeigen. Es gibt bestimmte Straßenzüge, in denen die Unfallhäufigkeit besonders groß ist. So ereigneten sich im heurigen Jahr zum Beispiel am Julius Tandler-Platz 86 Verkehrsunfälle, am Friedrich Engels-Platz 73, auf der Ringstraße 364, auf der Mariahilfer Straße 269, usw. Am Südtiroler Platz sind die Unfälle von 36 im Vorjahr auf zwölf heuer gesunken. Der Redner tritt sodann für die vermehrte Errichtung von Ortstafeln speziell in den Außenbezirken ein, ferner für Orientierungstafeln innerhalb des Stadtgebietes, die besonders für den Fremdenverkehr notwendig sind, sowie für die Entfernung von Reklametafeln entlang von Straßenzügen. Sehr störend wirke sich vielfach auch die Lichtreklame aus, da durch sie die Verkehrsampeln weniger gut erkennbar werden. Bei der Bewilligung der Installation von Lichtreklamen müßte stets ein Vertreter der Magistratsabteilung 46 zugezogen werden.

GR. Hausner kommt sodann auf die Frage der Lärmbekämpfung zu sprechen. Bei der Stadtverwaltung müßte bei der Begutachtung von Industrieenanlagen, usw., größtes Augenmerk auf die Lärmbekämpfung gelegt werden. Auch Gewerbebetriebe in Wohnhäusern sollten immer wieder auf ihre Lärmentwicklung untersucht werden. Schließlich gibt es heute schon eine ganze Reihe von Einrichtungen, mit denen man den Lärm bekämpfen kann. Es wird von der Bevölkerung auch immer wieder geklagt, daß die Bremsen der Straßenbahn sehr großen Lärm verursachen. Besonders geklagt wird auch über die Mopedfahrer. Die Polizeiorgane sollten hier mehr Kontrollen vornehmen. Auch die Industrie müßte dazu verhalten werden, etwas gegen diesen Lärm zu unternehmen. Der Redner tritt sodann für die Schaffung von Erholungsgebieten ein, in denen kein

Radio oder Plattenspieler verwendet werden dürfte. Es dürfe auch nicht ungestraft bleiben, daß Autos Ruhe- und Rastplätze als Parkplatz benützen.

Auf dem Sektor der Baupolizei müßte die Stadtverwaltung darauf dringen, daß ihre Entscheidungen auch wirklich eingehalten werden. Heute sei es vielfach so, daß durch die Baupolizei aufgezeigte Mängel nach Jahren noch nicht beseitigt wurden. Ein unhaltbarer Zustand sei es auch, daß eine Reihe von Abbruchgenehmigungen für Häuser erteilt wurde, die nicht einsturzgefährdet oder sonst abbruchreif sind. Viele Bauherren haben herausgefunden, daß es viel billiger kommt, ein altes Haus abzureißen und neu aufzubauen, als einen Baugrund zu kaufen. Die Mieter dieser Häuser werden aber durch solche Maßnahmen obdachlos. Der Redner stellt in diesem Zusammenhang den Beschlußantrag, daß die Baupolizei dem Abbruch eines Hauses nur dann zustimmt, wenn Einsturzgefahr besteht oder der Hauseigentümer die Verpflichtung übernimmt, allen von der Delogierung betroffenen Mietern eine entsprechende Ersatzwohnung zur Verfügung zu stellen.

Auf dem Sektor der öffentlichen Beleuchtung sei sehr viel geschehen. Eine Frage blieb jedoch bisher noch ungelöst, das ist die Beleuchtung der Straßen in Siedlungen, die vor dreißig Jahren ohne Baubewilligung errichtet wurden. Schließlich betreut die Stadtverwaltung die Straßen in diesen Gebieten, warum dann nicht auch die Beleuchtung?

Zum Schutze des Wald- und Wiesengürtels müßten Verhandlungen mit Niederösterreich geführt werden. Es nützt schließlich nichts, wenn die Gemeinde Wien alles zum Schutz des Wald- und Wiesengürtels unternimmt, in Niederösterreich aber ständig neue Parzellierungen vorgenommen werden.

Auf dem Gebiete des Feuerschutzes in den Siedlungsgebieten verlangt der Redner einen Ausbau der Feuerlöschbrunnen, da sich diese als unzureichend erwiesen haben. GR. Hausner kommt sodann auf die Friedhöfe zu sprechen. Er erklärt, daß es sich in letzter Zeit wiederholt ereignet hat, daß auf Gräbern nazistische Eiserne Kreuze als Gräberschmuck angebracht wurden. Eine demokratische Stadtverwaltung dürfte derartiges nicht dulden. Als zu hoch bezeichnet der Redner die Preise für Gräber.

Auch der ~~Ausgest~~gestaltung der Friedhöfe müßte größeres Augenmerk zugewendet werden. Sie sollen eine Atmosphäre der Ruhe, des Friedens und Sichbesinnens ausstrahlen. Der Urnenhain dürfte sich nicht zu einem Gräberfeld entwickeln. Die Friedhöfe sollten überhaupt nach neuzeitlichen Gesichtspunkten gestaltet werden. Man müßte den Menschen verständlich machen, daß ein Grab, das mitten im Grünen liegt und mit Grün und Blumen geschmückt ist, besser wirkt, als eine Flucht von Betonblöcken und Betonplatten.

Abschließend stellt GR. Hausner fest, daß seine Fraktion den Ansätzen dieser Gruppe nicht die Zustimmung erteilen werde.

GR. Nessel (FPÖ) beschäftigt sich einleitend mit der Baupolizei und erklärt, daß ihre Tätigkeit die Grundlage für das gesamte Baugeschehen Wiens bildet. Er verweist auf den immer spürbarer werdenden Personalmangel bei dieser wichtigen Abteilung und meint, es wäre durchaus möglich, der Baupolizei Arbeitskräfte aus anderen Abteilungen zuzuweisen.

Zur Frage der Lärmbekämpfung erklärt er, daß die Kommissionierungen von Wohnhäusern, in denen auch gewerbliche Betriebe untergebracht sind, häufig sehr spät erfolgen, meist zu einem Zeitpunkt, in dem die lärm erzeugenden Maschinen schon in Betrieb sind. Er ersucht daher, daß Bauverhandlungen zeitgerecht angesetzt werden. Er begrüßt weiter die durchgeführte Neuregelung der Bauklassen und wünscht, daß diese Bestimmungen nun rigoros durchgeführt werden. Zur öffentlichen Beleuchtung stellt der Redner mit Genugtuung fest, daß in den letzten Jahren bei uns in dieser Hinsicht sehr viel geschehen ist. Die Kriegsschäden dürften derzeit restlos behoben sein und in manchen Teilen der Innenstadt kann die Beleuchtung als nahezu "feenhaft" bezeichnet werden. Er verweist aber zugleich auf die noch mangelhafte Beleuchtung in den Außenbezirken, vor allem im Süden und Nordosten Wiens und stellt einen Beschlußantrag, in dem er die Bereitstellung von technischen und finanziellen Mitteln zur Errichtung von Stromanschlüssen in Siedlungsgebieten des 22. Bezirkes fordert. Er begrüßt die Bestimmung, wonach in Friedhöfen, die sich in verbauten Gebieten befinden, die Gräber nicht mehr belegt werden dürfen. Bei der in Aussicht gestellten Planung neuer Anlagen müßte darauf geachtet werden, daß sich die Friedhöfe in einer der Bevölkerung zumutbaren Entfernung befinden.

Er regt eine Dezentralisierung der Wiener Friedhöfe an und setzt sich für die Einteilung in vier Sektoren ein. Er stellt mit Genugtuung fest, daß es in der letzten Zeit zu einer befriedigenden Einigung mit den Friedhofskontrahenten gekommen ist.

Die neue Straßenverkehrsordnung bezeichnet der Redner als ein gutes Gesetz. Für Wien bleibe aber immer noch die Lösung einer Reihe von Fragen, vor allem die der Fußgängerstreifen und der Verkehrslichtsignalanlagen. Er regt unter anderem an, die Signalanlagen der stark frequentierten Kreuzung Mariahilfer Straße - Gürtel abzuändern. Abschließend erklärt er, daß seine Fraktion im Hinblick auf die zur Zeit noch nicht geklärten Fragen der Straßenverkehrsordnung den Ansätzen der Geschäftsgruppen VII die Zustimmung nicht erteilen könne.

Als nächster Debattenredner kommt GR. Dkfm. DDr. Prutscher (ÖVP) zu Wort. Am Beispiel des Königlberges in Hietzing bespricht er die derzeitige Praxis bei der Bewilligung von verschiedenen Bauklassen. Er fordert eine Normierung der Bauklassen, und zwar in einer Weise, die der heutigen Gesamtlage entsprechen würde. Aus den Ausführungen des Finanzreferenten glaubt der Redner herausgehört zu haben, daß man in verschiedenen Gebieten auch höher bauen darf, vor allem dann, wenn sich die SPÖ davon eine Vermehrung ihrer Wähler verspricht. Er stellt die prinzipielle Forderung auf, man möge die Stellung der Gemeinde Wien als normsetzende Behörde von ihrer Stellung als bauausführende Körperschaft weitgehend trennen. Er verweist im Zusammenhang darauf, daß ein privater Bauherr auf eine Genehmigung der Fluchtlinie oft jahrelang warten muß, wogegen die Gemeinde Wien mit der Genehmigung sofort rechnen kann.

Die öffentliche Beleuchtung sollte seiner Meinung nach mehr als bis jetzt mit der Stadtplanung abgesprochen werden. Der Redner glaubt, daß bezüglich der Form der Beleuchtung durch eine Ausschreibung der Arbeitsanbote eine noch bessere Auswahl der Beleuchtungsarten erreicht werden könnte. Vielleicht würde auf diesem Gebiete auch eine Fachausstellung neue Wege für die Straßenbeleuchtung weisen. Im Zeitalter des Massenverkehrs, sagt der Redner, muß die Straßenbeleuchtung blendungsfrei mit möglichst wenig Schattenbildung sein. ./.

Auf Verkehrsprobleme übergehend, erklärt der Redner, daß mit dem Wirksamwerden des neuen Straßenverkehrsgesetzes ein wesentlicher Beitrag zur Verkehrssicherheit geleistet sein wird. Die Möglichkeit, den Verkehr mit Hilfe der Verwaltung zu regeln, hat wohl ihre Grenze, aber es gibt noch eine Reihe von Verkehrsreserven, die man durch Verwaltungsmaßnahmen mobilisieren kann. Versäumnisse, die im Hinblick auf die Schaffung einer zweiten Verkehrsebene begangen wurden, müssen gut gemacht werden. Es muß so geplant werden, daß in Hinkunft keine Verkehrsflächen verbaut werden. Wenn den Massenverkehrsmitteln der Vorrang gegeben wird, so darf sich das nicht auf Museumsstücke beziehen, sondern es muß ein wirklich moderner Massenverkehr geschaffen werden. Es muß Aufgabe unserer Planung sein, neue Wege zu suchen, in der Zwischenzeit aber muß durch Verwaltungsmaßnahmen getrachtet werden, mit dem vorhandenen Raum auszukommen. Wir müssen mit einer weiteren Zunahme des Verkehrs rechnen. Dazu braucht man ein gutes Gesetz, eine entsprechende Handhabung des Gesetzes und nicht zuletzt auch eine verständnisvolle Teilnahme der Bevölkerung an seiner Durchführung. Sollte sich das neue Gesetz in einigen Punkten als nicht praktisch erweisen, dann müßte es geändert werden. Wo man es aber aus guten Gründen so beläßt, dort müßte seine Durchführung auch wirklich erzwungen werden. Es gilt, die Rechtssicherheit wiederherzustellen.

Die automatische Regelung durch Verkehrsampeln wird weiter ausgebaut. Dies ist eine Voraussetzung für die grüne Welle, die dann auch in verstärktem Maße eingerichtet werden müßte, um unnötige Verkehrsstockungen zu vermeiden. Wir müßten mehr Mut zum Experiment haben. Das betrifft etwa die Einbahnen. Trotz Umbaues des Rings ist es durch die Schaffung des Einbahnsystems auf der Zweierlinie heute vielfach sogar besser als vorher. Man könnte mit solchen Einbahnversuchen viel stärker experimentieren, die Bevölkerung werde sicher Verständnis dafür haben.

Das Experiment der Kurzparkzonen hat sich inzwischen bewährt. Vielfach wird aber behauptet, daß die blaue Zone im siebenten Bezirk zu groß geraten sei. Man könnte sie, solange der Bedarf nicht größer ist, etwas verkleinern, andererseits aber in anderen Gebieten Kurzparkzonen schaffen.

Auch auf den Bahnhöfen könnte man die Tagesdauerparker und vor allem die Wochenenddauerparker durch eine Blaue Zone in ihrer Parkzeit beschränken, damit jene, die ankommende Bahnreisende abholen, ihren Wagen rasch abstellen können. In all diesen Fällen tut Publizität not. Man kann die Bevölkerung auf einzelne Experimente aufmerksam machen und sie, ebenso wie es die Organisationen der Kraftfahrer tun, um ihre Mitarbeit bitten. Wo keine Grundstücksspekulationen zu befürchten sind, sollte man die Pläne nicht in den Schreibtischladen verbergen. Das gilt etwa auch für den Karlsplatz.

Beim Schienenparkverbot könnte man wohl etwas großzügiger sein. Die Parkfrage in der Innenstadt wird sich durch den Bau einiger Parkgaragen etwas verbessern, allerdings wird man auf diesem Weg weitergehen müssen.

Der Lärm ist ein Übel, das nicht allein mit einer Medizin geheilt werden kann. Gesetzliche und verwaltungstechnische Maßnahmen sind hier ebenso nötig wie eine systematische Änderung und Beeinflussung des Zeitgeistes, nach dem der am meisten gilt, der am meisten Lärm macht. Auch eine Zusammenarbeit mit der Fahrzeugindustrie ist vonnöten.

Die Stadtforste sind wegen ihres Zusammenhanges mit dem Wienerwald dem Wiener ein besonderer Begriff. Wir freuen uns, daß der durch den Bau der Autobahn eingetretene Verlust eines Teiles des Wienerwaldes durch die Neuerwerbung des Deutschordenswaldes ausgeglichen werden konnte. Besonders dankbar müssen wir Burgschauspieler Fred Hennings für die Popularisierung des Wienerwaldes sein.

Es sei bedauerlich, daß die Baupolizei derart an Personal-mangel leidet und die Einstellung von zwei Beamten nicht bewilligt wurde, denn die späteren Kosten von Ersatzvornahmen sind höher, ganz abgesehen davon, daß es meist nicht mehr gelingt, wilde Siedlungen zur Gänze rückgängig zu machen.

Bei der Schließung von Friedhöfen möge die Friedhofsverwaltung die Bestimmungen so großzügig handhaben, daß die Pietät der Hinterbliebenen nicht etwa durch Paragraphen behindert wird.

Im Hinblick auf die letzten entsetzlichen Flugzeugunglücke regt der Redner an, nochmals die Frage zu studieren, ob es unbedingt notwendig ist, daß die Stadt von Flugzeugen überflogen wird;

ob es nicht möglich wäre, eine Schleife für den Ein- und Abflug zu finden, die nicht über die Stadt hinweggeht. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

GR. Binder (SPÖ) führt aus: In dieser Stadt wird sehr viel gearbeitet, und wo viel gearbeitet wird, werden auch Fehler gemacht. Wir bekennen uns zu der geleisteten Arbeit, sind aber auch bereit, Fehler zu korrigieren.

Unsere Stadt ist außerordentlich gut beleuchtet, trotzdem muß auch in der Innenstadt noch einiges geschehen, denn eine alte Dame braucht eben etwas mehr Make-up als ein junges Dirndl. Auch sollte geprüft werden, ob nicht die Simmeringer Hauptstraße vom dritten Bezirk bis zur Grillgasse mit einer besseren Beleuchtung versehen werden könnte, was allein schon infolge des starken Verkehrs zum Flugplatz notwendig wäre. Hingegen sollte bei den Lichtreklamen einem Übermaß gesteuert und darauf Bedacht genommen werden, daß Autofahrer durch Blinkreklamen Gefahr laufen, von den Verkehrsampeln abgelenkt zu werden.

Es wurde der Personalmangel bei der Baupolizei beklagt. Aber es ist tausendmal besser, diese Schwierigkeiten hinzunehmen, als daß - wie es einmal war - Menschen vor den Toren stehen und um Arbeit bitten. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Der Redner regt an, über die Bauordnung eine Enquete abzuhalten.

Bei den Friedhöfen besteht ein großer Grundstückbedarf. Für ein Grab mit den dazugehörigen Wegen werden acht Quadratmeter Fläche beansprucht. Unter diesen Umständen sollte man sich doch überlegen - ohne einen Kulturkampf entfesseln zu wollen - ob nicht auch andere Beerdigungsarten in Frage kommen könnten. Bei der Feuerbestattung zum Beispiel sind nur zwei Quadratmeter Fläche erforderlich. Der Redner wendet sich auch gegen das Aussehen unserer Friedhöfe. Wir sollten die Steinwüsten aus unseren Friedhöfen verbannen, Vielleicht könnte man auch hier der Bevölkerung ein Beispiel geben und im Wald- und Wiesengürtel einen schönen kleinen Waldfriedhof errichten.

Besonders begrüßt Gemeinderat Binder die Anstrengungen der Forstverwaltung beim Kauf von Waldflächen, um sie der Bodenspekulation zu entziehen. Die Wienerwaldforste haben erfreulicherweise heute ein Ausmaß von 6.000 Hektar, und nur mehr kleinere Flächen sind nicht im Besitz der öffentlichen Hand.

Von 1956 bis heute wurden für solche Zwecke 17 bis 20 Millionen Schilling ausgegeben.

In diesem Zusammenhang richtet GR. Binder einen Appell an die Bevölkerung, den Wald zu schonen und ersucht auch die Presse, dafür einzutreten. Abschließend erklärte der Redner, daß seine Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen der Geschäftsgruppe VII geben wird. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

In seinem Schlußwort dankt Stadtrat Lakowitsch den Diskussionsrednern für die Anregungen und die positive Kritik. Zu der Anregung von GR. Hausner, die Bevölkerung über die neue Straßenverkehrsordnung aufzuklären, meint der Referent, es seien nicht alle Versuche, die neuen Bestimmungen zu popularisieren, sehr glücklich. Für eine Postwurfsendung an alle Haushalte sei seine Geschäftsgruppe nicht zuständig. Um Reklameschilder zu entfernen, die auf privatem Grund errichtet wurden, fehlen uns die gesetzlichen Handhaben.

Die Lärmbekämpfung ist deswegen ein sehr schwieriges Kapitel, weil die Beurteilung einer noch zumutbaren Lärmentwicklung heute noch von subjektiven Faktoren abhängig ist. Die Entflechtung von Industrie und Wohngebieten geht natürlich nicht von heute auf morgen, sondern bedarf einer langen und sorgfältigen Planung.

Was Lichtreklamen anbelangt, so werde bei jeder Kommissionierung sorgfältig darauf geachtet, daß keine Farben verwendet werden, die mit Verkehrsampeln verwechselt werden könnte. Nach der derzeitigen Rechtslage kann jedermann sogar für ein eben fertiggestelltes Haus eine Abbruchbewilligung verlangen, die ihm nicht verwehrt werden kann. Etwas anderes ist es mit der Räumung von Wohnungen. Solche Räumungsaufträge werden nur nach gewissenhaftester Prüfung erteilt. Andererseits kann aber niemand verpflichtet werden, den Mietern Ersatzwohnungen zu verschaffen.

Die öffentliche Beleuchtung wurde auch vom Debattenredner der Kommunisten anerkannt. Wenn es in gewissen Siedlungen finster ist, so hängt das damit zusammen, daß dort zum Beispiel die Verkehrsflächen nicht im Besitz der Gemeinde Wien sind, oder daß die errichteten Objekte ohne Baubewilligung erbaut wurden.

Eine Parzellierung im Wald- und Wiesengürtel bedeutet keine Gefahr, weil die Gründe nicht als Bauland verkauft werden können.

Leider aber werden außerhalb des Wald- und Wiesengürtels, vor allem im angrenzenden Niederösterreich viele Flächen parzelliert. Es wäre zu begrüßen, würde man in dieser Frage mit Niederösterreich Kontakt aufnehmen.

Gemeinderat Hausner habe beanstandet, daß die Friedhofsverwaltung das Anbringen von Eisernen Kreuzen auf den Grabsteinen duldet. Dazu ist zu sagen, daß das Gesetz nicht die Form des Eisernen Kreuzes verbietet und die Friedhofsverwaltung dagegen nichts unternehmen kann. Der Vorwurf, daß die Grabstellen heute um vieles teurer sind als früher, stimme nicht. Vor 1937 wurden für das erstmalige Benützungsrecht an einer Grabstelle 50 bis 420 Schilling verlangt, heute kostet das, was zum Beispiel einmal 50 Schilling gekostet hat, 160 Schilling. Das ist ein Valorisierungsfaktor, den man kaum bei etwas anderem findet. Der Forderung, auf den Friedhöfen nicht mehr so viel Stein zu verwenden, wurde bei den Vorschriften für die Erweiterungsflächen der Friedhöfe Rechnung getragen. Dort dürfen die Steine nur eine bestimmte Höhe haben und die Gräber auch nicht mit Hügeln versehen werden. Viele Leute lehnen diese Einschränkung aber ab. Die von GR. Hausner als unschön bezeichneten Grabdeckeln werden von vielen Leuten angeschafft, die keine Nachkommen haben und nach ihrem Tod das Grab in einem gepflegten Zustand wissen wollen.

Der von GR. Nessel festgestellte Personalmangel bei der Baupolizei hat seinen Grund darin, daß es sehr schwer ist, Techniker für den Gemeindedienst zu gewinnen. Die Privatwirtschaft sucht eine große Zahl von Technikern und bezahlt sie besser als die Gemeinde. Ein guter Baupolizist wird man überdies auch nicht von heute auf morgen. Es sind viele Jahre Praxis und Erfahrung notwendig. GR. Nessel hat auch bessere Beleuchtung im Süden und Nordosten unserer Stadt verlangt. Man wird dieser Sache nachgehen und nach Möglichkeit Abhilfe schaffen. Die Siedlung Bieberhaufen aber ist eine wilde Siedlung. Außerdem besteht die Gefahr, daß bei der Errichtung von Donaustaustufen diese Siedlung unbewohnbar wird. Es ist daher sehr zu überlegen, ob dort noch Investitionen vorgenommen werden sollen. Den Antrag des GR. Nessel empfiehlt der Redner daher zur Ablehnung.

Die Frage des Abbiegens wurde bereits unter anderem am Graben durch eine Zwischenphase gelöst. In Erfüllung der neuen Straßenverkehrsordnung werden diese Phasen für Fußgänger geschaffen werden. Auch hinsichtlich der Kennzeichnung der Fußgängerübergänge wird alles Nötige getan werden.

GR.DDr. Prutscher habe darauf verwiesen, daß die Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien hinsichtlich der Gruppen VI und VII nicht sehr organisch wäre. Dieser Meinung könne er sich nur anschließen. Die Gruppe VI könne für ihre Bauvorhaben alle nötigen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanänderungen selbst vornehmen, was anderen, gleichfalls nicht unbedeutenden Bauherren, nicht möglich wäre. GR.DDr. Prutscher habe auch über die öffentliche Beleuchtung im Zusammenhang mit dem Stadtbild gesprochen. Selbstverständlich wird man bemüht sein, alte historische Plätze nicht mit Leuchtstoffröhren oder ähnlichem auszustatten. Man wird dort eine intime Beleuchtung installieren, die aber doch gute Lichtverhältnisse gewährleistet. Die Frage der Längs- und Queraufhängung von Leuchtstofflampen wurde viel diskutiert. Die Längsaufhängung kommt viel teurer, außerdem leuchtet die Queraufhängung die Straßen, ja sogar die anschließenden Gehsteige, besser aus.

GR.DDr. Prutscher habe auch vom Rechtsvorrang gesprochen. Der Rechtsvorrang wird auf Grund des neuen Gesetzes gekennzeichnet werden müssen. Leider wird dadurch der Schilderwald noch größer werden. Die Schaltung der Grünen Welle ist genau abgestimmt. Bei einem Tempo von 40 Stundenkilometern kommt man von einer Kreuzung bis zur nächsten. Die Vermehrung der Einbahnstraßen sei sicherlich gut, nur könne man solche nur dort einrichten, wo keine Straßenbahn fährt. Auch die Vermehrung der Blauen Zonen wäre zu wünschen. Alle diesbezüglichen Versuche scheitern aber an dem Personalmangel der Polizei. Eine Novellierung des Garagengesetzes wird sicherlich notwendig sein, vor allem hinsichtlich der Zahl der Einstellplätze. Die neue Straßenverkehrsordnung wird sich nur dann bewähren können, wenn man nach einer gewissen Übergangszeit mit aller Härte ihre Einhaltung verlangt.

Der Referent kommt sodann auf die Ausführungen des GR. Binder zu sprechen, der besonders für die öffentliche Beleuchtung aner-

kennende Worte gefunden hat. Auf seine Fragen näher eingehend, stellt Stadtrat Lakowitsch fest, daß die Simmeringer Hauptstraße bald eine bessere Beleuchtung erhalten wird. Mit Freude habe er auch vernommen, daß die Verhandlungen mit der Gewerkschaft bezüglich der Zulagen für die Baupolizei vor einem Abschluß stehen.

Was die Bauordnung und ihre Novellierung betrifft, gehöre dies in die Verwaltungsgruppe XI. GR. Binder habe auch über die Gestaltung der Friedhöfe gesprochen. Hier muß noch erwähnt werden, daß im Zusammenwirken mit dem Wirtschaftsförderungsinstitut ein Wettbewerb für die Schaffung von Grabgedenkzeichen ausgeschrieben war. Leider brachte dieser Wettbewerb nicht die gewünschten Ergebnisse. Das Projekt der Errichtung eines Waldfriedhofes wurde ins Auge gefaßt. Alle sind dafür, keiner will jedoch diesen Waldfriedhof in seinem Bezirk haben.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe VII mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Der Beschlußantrag des GR. Hausner wurde gegen die Stimmen der KLS abgelehnt, der Beschlußantrag des GR. Nessel gegen die Stimmen der FPÖ.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Alban Berg-Gedenktafel in Obhut der Gemeinde Wien

=====

19. Dezember (RK) Donnerstag, den 22. Dezember, um 11 Uhr, wird am Hause 13, Trauttmansdorffgasse 27, eine Gedenktafel für den Komponisten Alban Berg enthüllt und vom Leiter der Magistratsabteilung 7, Senatsrat Dr. Thoenig, in die Obhut der Stadt Wien genommen. Die Feier erfolgt im Gedenken Alban Bergs, dessen Todestag sich heuer zum 25. Male jährt. Berg verbrachte viele Jahre im Hause Trauttmansdorffgasse 27, das von seiner Witwe, Frau Helene Berg, noch heute bewohnt wird. Die Initiative zur Anbringung einer Gedenktafel geht auf Dr. F. Grünsfeld und die großen musikalischen Gesellschaften Wiens sowie auf die Leitung der Staatsoper, der Wiener Philharmoniker, der Wiener Symphoniker und die Universal-Edition zurück, die damit den großen Wegbereiter der modernen Musik ehren wollen. Die auf einer Marmorplatte angebrachte Inschrift lautet: "Alban Berg, Komponist der Oper Wozzeck, wohnte in diesem Hause."

- - -

Wo befinden sich Bruckner-Gedenkstätten?
 =====

19. Dezember (RK) Die Oberösterreichische Landesregierung ersuchte uns um Weitergabe des nachstehenden Aufrufes:

Der Brucknerbund für Oberösterreich ist gegenwärtig damit beschäftigt, ein Verzeichnis aller Anton Bruckner-Gedächtnismale in Österreich zusammenzustellen. Zu diesen Gedächtnismalen zählen Denkmäler, Erinnerungstafeln, sonstige Male und nicht zuletzt auch Straßen, die nach Anton Bruckner benannt sind. Bei diesen Malen wäre auch interessant zu wissen, wo sie angebracht sind, wann dies geschah, wie sie aussehen, wer sie gesetzt hat, wie sie beschriftet sind, usw. Die Bevölkerung wird gebeten, Wahrnehmungen dieser Art dem Brucknerbund für Oberösterreich, Linz, Landhaus, schriftlich bekanntzugeben.

- - -

Weihnachts- und Silvesterfeiern für einsame Menschen
 =====

19. Dezember (RK) Wie bereits im Vorjahr werden von der Gemeinde Wien in einigen Bezirken am 24. und 31. Dezember in der Zeit von 15 bis 20 Uhr Tagesheimstätten für einsame Menschen offen gehalten werden. Diese Tagesheimstätten sind allen einsamen Personen, auch wenn sie nicht Tagesheimstättenbesucher sind, frei zugänglich.

Der Sinn dieser Aktion ist darin gelegen, den einsamen und alleinstehenden Mitbewohnern unserer Stadt gerade an jenen Tagen, an denen sie sich besonders verlassen fühlen, die Möglichkeit zu bieten, der Einsamkeit zu entfliehen und sie wissen zu lassen, daß sie in der Gemeinschaft unserer Stadt geborgen sind.

Es werden daher am Heiligen Abend die Tagesheimstätten: 7, Neustiftgasse 66, 15, Staglgasse 3-5, 16, Wurlitzergasse 59, 22, Erzherzog Karl-Straße 65, und am Silvester die Tagesheimstätten: 7, Neustiftgasse 66, 15, Staglgasse 3-5 und 16, Wurlitzergasse 59, offen sein.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Öffentliche Einrichtungen
=====

Über die Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, berichtet Stadtrat Koci (SPÖ): Im Voranschlag 1961 sind für diese Geschäftsgruppe 670 Millionen Schilling vorgesehen, das sind mehr als elf Prozent der Gesamtausgaben der Hoheitsverwaltung. Es wird im kommenden Jahr mit einem Gesamtgebarungsabgang von 175 Millionen Schilling gerechnet, 385 Millionen Schilling beträgt jedoch allein der Abgang in der Verwaltungsgruppe für Öffentliche Einrichtungen. Aus dieser Gegenüberstellung könne ermessen werden, erklärt Stadtrat Koci, welche Geldmittel aus allgemeinen Steuergeldern jährlich aufgewendet werden müssen, um den sanitären und hygienischen Notwendigkeiten einer Großstadt zu entsprechen.

Über 242 Millionen Schilling entfallen auf den laufenden Sachaufwand, das sind 36 Prozent aller Ausgaben der Geschäftsgruppe.

Mit diesem Betrag muß zum Beispiel die Kanalabteilung das gesamte Straßenkanalnetz mit einer derzeitigen Länge von 1.252 Kilometer laufend instandhalten, aber auch alle schadhaften Kanäle instandsetzen und wenn nötig auch umbauen.

Die Wiener Wasserwerke müssen ihre umfangreichen baulichen Anlagen erhalten, wie zum Beispiel die I. und II. Hochquellenleitung in einer Länge von 319 Kilometern, die Wientalwasserleitung, die Grundwasserwerke, die Schöpf- und Hebewerke, alle Behälter sowie das über 2.000 Kilometer lange Rohrnetz in Wien.

Die Bäderabteilung hat nicht weniger als 67 verschiedene Badeanstalten zu betreuen und schließlich möge man bedenken, daß die Magistratsabteilung 48, Fuhrwerksbetrieb und Stadtreinigung, mit der Aufgabe der Stadtreinigung und der Kehrichtbeseitigung die notwendigsten Mittel für ihren laufenden Sachaufwand bereitgestellt erhalten muß.

Die Magistratsabteilung 30, Kanalisation, sieht Einnahmen in der Höhe von 35,6 Millionen Schilling und Ausgaben von 68,6 Millionen Schilling vor. Für die Erhaltung der baulichen Anlagen, vorwiegend für die Erneuerung und für Umbauten schadhafter Ziegelkanäle sind zehn Millionen Schilling ausgewiesen. ./.

Der um die Jahrhundertwende hergestellte Donaufelder Sammelkanal zeigt im steigenden Maße Verfallerscheinungen. Im kommenden Jahr wird der im Jahre 1956 begonnene Umbau um 500 Meter mit einem Kostenaufwand von zwei Millionen Schilling fortgesetzt. Insgesamt müssen 7.350 Meter umgebaut werden. Bisher war es möglich mit einem Kostenaufwand von acht Millionen Schilling 1.500 Meter fertigzustellen. Die Kanalbauten anlässlich des Umbaus der Hietzinger Brücke werden mit zwei Millionen Schilling angenommen und der Ausbau des Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanales wird ebenfalls mit zwei Millionen Schilling fortgesetzt. Das Kanalbauvorhaben "Kaiser-Ebersdorf" verschlang bis jetzt etwas über zwölf Millionen Schilling für rund 3.400 Meter. Um dieses Projekt fertigzustellen müssen noch 2.000 Meter dieses Kanales gebaut werden. Erst nach Fertigstellung dieses Sammelkanales ist es möglich, den Bezirksteil "Kaiser-Ebersdorf" an das Kanalsystem anzuschließen.

Weitergeführt wird auch die Kanalisierung der Siedlungsgebiete im 13. Bezirk sowie von Hadersdorf-Weidlingau mit insgesamt 3,1 Millionen Schilling. Für die Kanalaufschließung einiger Gebiete des 23. Bezirkes werden allein 8,6 Millionen Schilling bereitgestellt. Es werden im nächsten Jahr für Kanalbauten unserer Stadt insgesamt 31 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Der Referent erklärt, daß ein Tiefbauprogramm nicht nur für die Kanalisation, sondern auch für die Trinkwasserversorgung ausgearbeitet wurde und zum gegebenen Zeitpunkt dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird.

Die Tatsache, daß noch viele Bewohner einzelner Gebiete von Wien nicht mit gutem Wasser versorgt sind, sowie die Tatsache, daß der tägliche Wasserverbrauch der Wiener stets im Steigen ist - im Jahre 1950 betrug er noch 231 Liter pro Kopf und Tag, heute bereits 258 Liter - zwingen die Wasserwerke, die Arbeiten nach zusätzlichen Wassergewinnungen intensivst zu betreiben.

Die Erweiterung des Grundwasserwerkes Nußdorf mit einer Tagesleistung von 50.000 Kubikmeter auf eine Tagesleistung von 100.000 Kubikmeter wurde heuer abgeschlossen.

Die hierfür aufgewendeten Kosten betragen rund zehn Millionen Schilling. Nach Fertigstellung dieser Rohrlegung vom Grundwasserwerk bis zur Floridsdorfer Brücke - es fehlt nur mehr ein kleiner Teil - kann die Leistung dieses Werkes voll ausgenützt werden.

Der im Vorjahr begonnene Bau des Grundwasserwerkes Freudenu mit einer vorläufigen Fördermenge von 14.000 Kubikmeter pro Tag steht vor der Vollendung. Die Inbetriebnahme der ersten Ausbaustufe erfolgt bereits anfangs nächsten Jahres. Die Gesamtkosten der ersten Ausbaustufe werden rund sieben Millionen Schilling erreichen.

Als Überbrückungsmaßnahme bis zur Inbetriebnahme der dritten Wasserleitung wird ein Grundwasservorkommen in der Unteren Lobau herangezogen. Die Voruntersuchungen des dort ausgeforschten Wasservorkommens wurden heuer begonnen. Es werden dafür zehn Millionen Schilling bereitgestellt.

Für weitere Maßnahmen zusätzlicher Wassergewinnungen sind eine Millione Schilling im Ansatz. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß bei diesen Forschungsarbeiten und Studien auch jene für die dritte Wasserleitung weitergehen. Es wird alles vorgekehrt, um das wasserrechtliche Verfahren für das beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eingereichte Projekt einer Erledigung und damit der wasserrechtlichen Genehmigung durch die Oberste Wasserrechtsbehörde zuzuführen. Schwierigkeiten mancher Art müssen noch behoben werden.

Der Umbau des Wientalwasserwerkes, dessen Anlagen und Einrichtungen veraltet sind, und dessen Leistungsfähigkeit auf 24.000 Kubikmeter pro Tag gegenüber bisher 10.000 Kubikmeter erhöht werden sollen, wurde mit Errichtung einer Schnellfilteranlage fortgesetzt und soll im Jahre 1961 mit einer 2. Baurate von 3,500.000 Schilling für die Umgestaltung des Vorklärbeckens und für die Errichtung einer neuen Trafostation weitergeführt werden.

Mit 1. Juni 1960 wurden die in den ehemaligen Gemeinden Atzgersdorf, Erlaa, Kalksburg, Liesing, Rodaun und Siebenhirten bisher vom "Wasserleitungsverband der Südbahn- und Triestingtalgemeinden" betriebenen Ortsnetze und sonstigen Wasserversorgungsanlagen in das Eigentum und in den Betrieb der Stadt Wien übergeführt und damit für die Bevölkerung dieser Gebiete im 23. Bezirk der einheitliche Wassertarif nach der neuen Wassergebührenordnung

eingeführt. Das bedeutet für die dortigen Einwohner eine fast hundertprozentige Ermäßigung des bisher bestehenden Wasserpreises, denn sie mußten eine Gebühr von 1.50 Schilling bis drei Schilling entrichten. Die Stadt Wien muß aber auch hier die Leitungsnetze sanieren und erweitern, vor allem im Hinblick auf die im Entstehen befindlichen Industriegebiet von Liesing. Sieben Millionen Schilling sind für diese Aufschließung und für den weiteren Ausbau der bestehenden Wasserversorgungsanlagen vorgesehen.

Für Aufschließungsarbeiten in sonstigen Siedlungsgebieten sieht das Budget drei Millionen Schilling vor.

Auch für die Bewohner von Hadersdorf-Weidlingau ergab sich durch die allgemeine Wassergebührenregelung eine Begünstigung, da sie früher für einen Kubikmeter Wasser 1.60 bzw. 1.80 Schilling bezahlen mußten.

Wie alljährlich wurden auch heuer umfangreiche Erhaltungsarbeiten an den zahlreichen Anlagen und Einrichtungen der Wasserwerke sowohl im Quellgebiet und an den Außenstrecken, als auch an den Werksanlagen speziell der Behälter innerhalb Wiens durchgeführt und hierfür 45 Millionen Schilling aufgewendet. Das Jahr 1961 erfordert für die Erhaltung der baulichen Anlagen, für die Erhaltung und Reinigung der Wasserleitungsanlagen und der dazu notwendigen Rohre, Formstücke und Armaturen sowie für die Inventarerhaltung nicht weniger als 51,3 Millionen Schilling.

Im Jahre 1960 wurden insgesamt 50.8 Kilometer Rohrstränge mit einem Kostenaufwand von rund 30 Millionen Schilling ausgetauscht oder neuverlegt. Im kommenden Jahr wird die Stadt Wien für alle notwendigen Investitionen an den Wasserversorgungsanlagen, ganz besonders für den weiteren Ausbau des Rohrnetzes, 30 Millionen Schilling bereitstellen.

Bis Oktober 1960 wurden dem Wiener Verbrauch zugeführt: 126,509.360 Kubikmeter Wasser, das sind durchschnittlich 414 Millionen Liter täglich. Der Tagesverbrauch an Wasser beträgt bis Oktober dieses Jahres pro Einwohner unserer Stadt 267 Liter, das sind wieder um sieben Liter mehr. Am 24. Juni wurde der Höchstverbrauch mit 324 Liter pro Kopf gemessen und am 14. April war der Mindestverbrauch mit 195 Liter zu verzeichnen.

Gedeckt wurde dieser Wasserkonsum der Wiener Bevölkerung durch Zuflüsse aus den Quellgebieten und sonstiger Wasservorkommen, die bis Ende Oktober dieses Jahres 129,574.790 Kubikmeter betragen, wovon allerdings rund drei Millionen Kubikmeter wie alljährlich auf Grund von Wasserlieferungsverträgen abgegeben werden mußten.

Die Städtischen Bäder weisen im Ansatz 1961 Einnahmen in der Höhe von 19,6 Millionen Schilling und Ausgaben in der Höhe von 62,3 Millionen Schilling auf. Die Einnahmenseite ist schon seit Jahren fast immer gleich. Die Bäderbesuchsgebühren - die wesentlichsten Einnahmen - gründen sich auf die im Jahre 1951 durch den Gemeinderat genehmigten Preise. Diese Preisgestaltung - wahrlich eine Sozialeinrichtung der Wiener Gemeindeverwaltung - bringt im Jahre 1961 einen Betriebsabgang von 21,7 Millionen Schilling. Das bedeutet, daß rund 50 Prozent der Betriebskosten aus allgemeinen Steuermitteln getragen werden müssen. Bei der gegenwärtigen Einschau des Rechnungshofes in die Gebarung der Bäderverwaltung wurden die derzeitigen Tarife bemängelt. Natürlich ist der Besuch unserer Bäder für die Einnahmen ausschlaggebend, wobei im Sommer das Wetter eine große Rolle spielt. Bis Ende Oktober dieses Jahres besuchten 3,089.571 Personen die Brausebäder, 282.434 Personen die Wannebäder, 399.123 die Dampfbäder und 374.124 Badegäste die Schwimmhallen. Wieder zeigte sich bei den Brausebädern, wie in den vorhergehenden Jahren, ein Besucherrückgang; diesmal um 137.223 Personen weniger als 1959. Dagegen zeigte sich bei den Dampf- und Wannebädern, aber auch heuer bei den Schwimmhallen, eine steigende Tendenz.

Der Sommer war heuer wettermäßig noch schlechter als im Vorjahr, daher besuchten nur 1,191.418 Badegäste unsere Sommerbäder. Auch unseren Kindern war es nicht gegönnt, die herrlichen Kinderfreibäder unserer Stadt allzu oft aufzusuchen. Wenn man bedenkt, daß sich Kinder kaum vom schlechten Wetter abhalten lassen, kann man sich vorstellen, wie einladend das diesjährige Sommerwetter war, wenn nur 558.592 Kinder - noch um 12.500 Kinder weniger als in der schlechten Saison 1959 - sich in unseren 31 Kinderfreibädern vergnügten. Die Kinder von Kagran und Inzersdorf werden hoffentlich in der kommenden Badesaison mehr Gelegenheit haben, die beiden neuen in diesem Jahr in Betrieb genommenen Freibäder zu benutzen.

./.

Trotzdem wird die Stadtverwaltung für die Bäder der Wiener Investitionen in der Höhe von 20,9 Millionen Schilling tätigen. Es wird der Neubau des 32. Kinderfreibades, und zwar in Strebersdorf, fertiggestellt und den Kindern noch in der Saison 1961 übergeben werden. 11,7 Millionen Schilling werden für das Strandbad Alte Donau verwendet, und auch hier hoffen wir, es in dieser Saison in Betrieb nehmen zu können.

Die Arbeiten im Amalienbad zur Modernisierung der Betriebsanlagen und der Einbau von Saunaräumen in die bestehenden Dampfbäder werden mit 1,4 Millionen Schilling fortgesetzt. Das Volksbad in Wien 6, Esterházygasse, wird zur Gänze renoviert und umgebaut; eine Million Schilling sind für die erste Baurate vorgesehen. Das Kinderfreibad im Türkenschanzpark bekommt eine Erneuerung des Badebeckens, außerdem sind Umbauten am Umkleidegebäude notwendig geworden.

Für die weitere Projektverfassung für ein Warmbad mit Schwimmhalle in Floridsdorf am Ringelseeplatz sind 500.000 Schilling veranschlagt, aber auch ein Vorprojekt für einen Hallenbau im Thersienbad wird in Auftrag gegeben. Die Gemeindeverwaltung wird mit diesen neuen Investitionen vielen Wienern sicherlich Freude bereiten.

Die nächste, betriebsmäßig geführte Abteilung ist, die Magistratsabteilung 45, Wäschereien, mit ihrer besonderen Aufgabe, die Wäsche für den Großteil der städtischen Spitäler, Wohlfahrtsanstalten, Kindergärten, Ämter und Betriebe zu reinigen. Dem Voranschlag 1961 wurden unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse eine jährliche Waschleistung von rund sechs Millionen Kilogramm Reinwäsche zugrunde gelegt. Den Einnahmen dieses Wäschereibetriebes von 20,3 Millionen Schilling steht ein Betriebsaufwand in der selben Höhe gegenüber. Lediglich notwendige Anschaffungen neuer Maschinen von 1,4 Millionen Schilling überschreiten diese Gebarung im kommenden Jahr.

Bei der Stadtreinigung und beim Fuhrpark zeigt sich ein drückender Personalmangel. Das wirkt sich bei der Straßenpflege besonders aus, weil die Verkehrsflächen hauptsächlich im Winterdienst ihre Betreuung zwingend verlangen; bei der Hauskehrrichtabfuhr in der Weise, daß die unbedingt notwendigen Abfuhrleistungen nur noch durch abnormal viele Überstunden durch das vorhandene Personal durchgeführt werden können. ./.

Der im Budget genehmigte Personalstand von 2.761 Dauerbeschäftigten konnte im Laufe des Jahres nicht annähernd erreicht werden und zeigt mit einem Personalunterstand von 171 Personen, wie es immer schwieriger wird, Aufgaben der Stadtreinigung zu bewältigen.

Da in absehbarer Zeit mit einer Behebung des Mangels an Arbeitskräften kaum zu rechnen ist, muß die Tendenz für alle Betriebszweige der Magistratsabteilung 48 in gesteigertem Maße die Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Mechanisierung und Motorisierung des Betriebes bleiben. Dabei wird als maßgebende Richtschnur weniger als bisher die reine Wirtschaftlichkeit eines Gerätes, als vielmehr seine Verwendbarkeit als Ersatz für Handarbeit überhaupt zu dienen haben. Es muß aber gleichzeitig dabei ausgesprochen werden, daß im Stadtreinigungsbetrieb auf einen relativ hohen Anteil an Handarbeit ganz besonders im Winter bei Eis und Schnee nie ganz verzichtet werden kann. Das Schienenparkverbot bedeutet eine entscheidende Erleichterung für die gesamte Stadtreinigung.

All diesen Tatsachen Rechnung tragend, werden neuerlich für die Erhaltung des Fahrparks und der Maschinen sowie für Neuanschaffungen von Fahrzeugen und Geräten 18 Millionen Schilling bereitgestellt. Es wird dadurch möglich sein, zum Teil wenigstens den Ausfall des notwendigen Personals auszugleichen.

Zur maschinellen Reinigung der Straßen, als auch der Schnee-beseitigung steht wie alljährlich der gut gerüstete Maschinenpark zur Verfügung. An Streumittel für die kommende Winterperiode sind rund 23.000 Kubikmeter Streusand und 1.800 Tonnen Auftausalz vorgelagert. Wir sind also für den Wintereinsatz gerüstet, trotzdem wird es nicht möglich sein, bei Unwetterkatastrophen, dazu zählt auch heftiger Schneefall, sofort den besten Straßenzustand in allen Teilen Wiens herzustellen. Alle technischen und organisatorischen Maßnahmen, bezw. Vorbereitungen, alle Anschaffungen von Maschinen und Geräten können immer nur Hilfsmittel für die Straßenpflege sein. Es wird aber alles getan, was im Bereiche des Möglichen liegt.

Bei der Hauskehrrichtabfuhr wird die Umorganisation von 40 und 32 Einsammlungen, auf 52 - also auf die wöchentliche Einsammlung - heuer voraussichtlich noch abgeschlossen werden. Im Zuge dieser Umorganisation konnte leider nicht erreicht werden, mehr Koloniagefäße einzusparen. Sie verbleiben über Wunsch der einzelnen Hauseigentümer und Hausverwaltungen wegen erhöhten Müllanfalls in den Häusern.

Eine andere, bei uns im allgemeinen aber nicht anwendbare Mülleinsammlung ist die Methode, den Müll in Papiersäcken zu sammeln, abzuführen und zu verbrennen. So verlockend dies auch scheinen mag, müssen doch auch die Nachteile aufgezeigt werden: Wie oft kommt glühende Asche in den Hausmüll - bei Papiersäcken bedeutet das unmittelbare Brandgefahr. Aber auch Glasscherben sind in unserem Hauskehrricht, daher besteht die Gefahr von Verletzungen für das Abholpersonal. Man bedenke, wie ein offener Papiersack im Hof oder anderswo gelagert, jeder Witterung ausgesetzt, bei täglicher Benützung bis zur nächsten Einsammlung aussieht. Schon jetzt sind jene Mieter zu bedauern, deren Wohnungen sich in der Nähe dieser Abstellplätze unserer geschlossenen Koloniatonnen befinden.

Schließlich muß auch die Wirtschaftlichkeit ins Auge gefaßt werden. Die feuerverzinkten Blechgefäße unseres Systems sind doch noch - verglichen mit den Kosten der Papiersäcke - um das sechs bis achtfache billiger.

Die Wiener Stadtverwaltung zeigt sich für jede trag- und anwendbare Neuerung aufgeschlossen, doch ist die Hauskehrrichtabfuhr mit dem Abholsystem in Wien noch immer für die Großstädte Europas beispielgebend. Wir werden aber trotzdem alle Neuerungsvorschläge aufgreifen und auf ihre Verwendbarkeit prüfen.

Der Bau unserer Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig hat wegen des überaus ungünstigen Sommerwetters eine gewisse Terminverzögerung erfahren, schreitet jedoch programmgemäß fort. Für 1961 sieht das Budget für die Baufortsetzung 60 Millionen Schilling vor.

Zusammenfassend zeigt der Voranschlag für die Magistratsabteilung 48 folgendes Bild: Einnahmen von 75,3 Millionen Schilling gegenüber Ausgaben von 264,3 Millionen Schilling, also ein Gebarungsabgang dieses Betriebes von 189 Millionen Schilling.

Der Referent schließt seine Ausführungen mit einem Dank an seine Mitarbeiter und bittet um Annahme der Ansätze der Geschäftsgruppe VIII. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die Debatte über Öffentliche Einrichtungen

GR. Maller (KLS) weist als erster Debattenredner auf die große Bedeutung hin, die die Tätigkeit der Verwaltungsgruppe Öffentliche Einrichtungen auch für die Gesundheit hat. Er stellt fest, daß auf dem Gebiet der Magistratsabteilungen 30 und 31 in den letzten Jahren einiges geschehen ist, obwohl nach wie vor das Wasser das Sorgenkind unserer Verwaltung bleibt. Die Vorbereitungen zum Bau der dritten Wiener Wasserleitung müßten daher beschleunigt werden. Im Zusammenhang bittet er den Referenten um Mitteilung, ob es stimmt, daß der niederösterreichische Landeshauptmann-Stellvertreter Müllner den Wiener Wasserwerken Schwierigkeiten bereitet, vor allem im Gebiet von Moosbrunn. GR. Maller meint, man dürfe sich nicht den Luxus leisten, das kostbare Hochquellenwasser zur Bospregung von Straßen und Gärten zu verwenden und ist der Ansicht, es müßte möglich sein, hiezu das Donauwasser zu verwenden. Er stellt fest, daß die Errichtung des Bades auf dem Laaer Berg von der Bevölkerung sehr begrüßt wurde.

Die Wäschereien funktionieren gut und erweisen den städtischen Anstalten wertvolle Dienste. Die winterliche Straßenreinigung dagegen kritisiert er. Immer wieder, sagt er, bringt der erste Schnee Kalamitäten mit sich, was seiner Ansicht nach nicht die Schuld der Arbeiter und Beamten sein kann, sondern der Verwaltung, die zur Straßenreinigung immer noch vorsintflutliche Geräte bereitgestellt. Die Stadtverwaltung müßte daher bemüht sein, moderne Schneeräumungsgeräte anzuschaffen. GR. Maller erklärt abschließend, daß seine Fraktion den Ansätzen zustimmen werde.

Als nächster Redner beschäftigt sich GR. Peter (FPÖ) zunächst mit der Koalition im Wiener Rathaus. Er meint, die SPÖ möge sich koalieren mit so vielen "Schwarzen" wie es ihr beliebt, sie muß sich aber dann auch die Kritik der Bevölkerung gefallen lassen. Und diese Kritik lautet, daß im Wiener Gemeinderat nicht das geschieht, was die Verfassung vorschreibt, daß hier nicht beraten, sondern nur beschlossen wird, was ohnehin schon im Vorhinein feststeht.

Er erklärt, es sei die Aufgabe der Opposition, das offen zu sagen. Als er der Meinung Ausdruck verleiht, daß es schade sei um die Zeit, die hier im Gemeinderat vergeudet wird, ermahnt die Vorsitzende GR. Helene Potetz (SPÖ) den Redner, zum Budget zu sprechen.

GR. Peter erinnert dann an seinen vor einem Jahr gestellten Antrag, eine öffentliche Beschwerdestelle zu errichten und wiederholt diese Anregung in Form eines Beschlußantrages. Er beschäftigt sich mit der Rattenplage und kritisiert die mangelnde Koordinierung der Straßenaufgrabungen, die vor allem den Verkehr behindern und Anlaß zu berechtigten Beschwerden geben. Bei der gegenwärtigen Höhe der Wassergebühren, meint er, könnte man von den Wasserwerken mehr als nur Planungen erwarten. Von der Schneeräumung könne man zwar nicht erwarten, daß sie nach starken Schneefällen die Schneeabfuhr über Nacht durchführen kann, doch glaube er, daß durch die Bereitstellung modernerer Schneeräumungsgeräte mehr erreicht werden könnte. Im großen und ganzen, sagt er, ist seine Fraktion mit den Leistungen dieser Geschäftsgruppe zufrieden und wird daher den Ansätzen zustimmen.

GR. DDr. Dipl.-Ing. Strunz (ÖVP) führt aus, im Kanalbau sei in unserer Stadt sehr viel geschehen; trotzdem gibt es noch immer 19 Senkgruben die eine Infektionsgefahr darstellen. Der Redner weist auch auf den Umstand hin, daß infolge der tiefen Lage die Keller im Lichtental oft überschwemmt sind. Er regt ferner an, die Bedürfnisanstalten möglichst unterirdisch anzulegen, damit die bekannten kleinen grünen Häuschen aus dem Stadtbild verschwinden.

Die Müllkompostierung funktioniere nun ohne Ärger und ohne Belästigung der Anrainer.

Lobende Worte findet der Redner für die städtischen Bäder; das Laaer Berg-Bad ist sogar schon wieder zu klein geworden. Bedauerlich sei die Gebührenerhöhung für Geschäftslokale in den städtischen Bädern.

Im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Bau einer dritten Wasserleitung stellt der Redner zwei Anträge: Man solle in Hinblick auf den modernsten Stand auch die sogenannte Brunnenschrägfassung berücksichtigen, und man solle bei der Neuplanung und den Ersatz von Wasserleitungsrohren auch Kunststoffrohre verwenden, wie sie sich im Ausland schon ausgezeichnet bewährt haben.

Im übrigen gab der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen der Geschäftsgruppe VIII.

GR. Käthe Jonas (SPÖ) stellt fest, daß die 68 Millionen Schilling, die für die Straßenpflege aufgewendet werden, ein großer Beitrag zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung unserer Stadt sind. Umso bedauerlicher sei daher der Personalmangel auf diesem Sektor und die Klagen über die stets zunehmende Unfallzahl der Arbeiter der Straßenpflege. Es müßte dringend etwas unternommen werden, um diese Arbeiter auf der Straße leichter kenntlich zu machen. Leider hat sich diese Personengruppe gegen das Anbringen von Leuchtstreifen an ihren Kleidern ausgesprochen. Trotzdem müßte man versuchen, einen alle befriedigenden Weg zu finden. Mit der Zuerkennung einer Gefahrenzulage allein wäre es bestimmt nicht getan.

Die Städtischen Wäschereien haben im Berichtsjahr beinahe sechs Millionen Kilogramm Wäsche gewaschen. Diese große Leistungssteigerung konnte trotz der engen Raumverhältnisse erreicht werden. Es müßte alles getan werden, um diese räumliche Enge zu beseitigen, unter der die Beschäftigten sehr zu leiden haben. Die Rednerin bittet, außer den im Voranschlag 1961 für die Errichtung einer neuen Wäscherei eingesetzten Mittel weitere Beträge zu einem beschleunigten Bau derselben zur Verfügung zu stellen.

Die Rednerin kommt sodann auf die Wasserversorgung unserer Stadt zu sprechen, die bis auf einige kleine Störungen, bedingt durch Witterungsverhältnisse oder einmal durch ein technisches Gebrechen klaglos funktioniert und gutes Wasser liefert. Anders ist das, wenn die Menschen ihr Wasser aus den Brunnen nehmen müssen. In letzter Zeit häufen sich die Beschwerden aus Hadersdorf-Weidlingau, der Stadtrandsiedlung in Floridsdorf und auch aus dem Gebiet der Schwarzlackenu. Die Ursachen sind ganz verschieden und es läßt sich nicht immer mit Sicherheit feststellen, wieso plötzlich das Wasser dieser Brunnen ungenießbar geworden ist. Die Bewohner dieser Gebiete verlangen nun natürlich, daß sie an das städtische Wasserversorgungsnetz angeschlossen werden.

Das bedeutet aber gleichzeitig, daß auch das Kanalnetz angeschlossen werden muß. Die Gemeinde Wien kann sich dieser Aufgabe nicht entziehen, obwohl ihr dadurch zusätzliche Leistungen technischer und finanzieller Art erwachsen. Ein anderes Problem ist die Gefahr, die unserer Wasserversorgung droht. Wie aus Zeitungsberichten zu entnehmen ist, soll am Hochschneeberg, also in unserem Quellgebiet, die Errichtung einer Radarstation geplant sein. Dadurch könnte die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit einwandfreiem Wasser aufhöchste gefährdet sein. Die Rednerin erhebt die Frage, ob es nicht möglich wäre, auf einem anderen Berg, der sich nicht im Quellschutzgebiet befindet, eine derartige Radarstation einzurichten. Die Gemeinde Wien bemüht sich seit Jahren unter Bereitstellung großer Mittel, die Trinkwasserversorgung zu gewährleisten. Sie darf es daher nicht zulassen, daß unser Wiener Trinkwasser einer derartigen Gefährdung ausgesetzt wird. Im übrigen werde ihre Fraktion den Ansätzen die Zustimmung erteilen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Die Vorsitzende, GR. Helene Potetz (SPÖ), unterbricht gegen 14.30 Uhr die Beratungen mit Rücksicht auf die Festsitzung des Nationalrates. Die Budgetsitzung im Wiener Rathaus wird morgen Dienstag um 9 Uhr früh fortgesetzt.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Rinderhauptmarkt vom 19. Dezember

=====

19. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 140 Ochsen, 169 Stiere, 650 Kühe, 115 Kalbinnen; Gesamtzuftrieb: 1.074. Verkauft wurden: 137 Ochsen, 169 Stiere, 650 Kühe, 113 Kalbinnen, Summe 1.069. Unverkauft: 3 Ochsen, 2 Kalbinnen, Summe 5.

Preise: Ochsen 9.80 bis 12.20 S, extrem 12.50 bis 13.20 S, Stiere 11 bis 12.50 S, extrem 12.60 bis 13 S, Kühe 6.50 bis 10.30 S, extrem 10.40 bis 11.40 S, Kalbinnen 10.30 bis 12.50 S, extrem 12.60 bis 13 S; Beinlvieh, Kühe 5.50 bis 7.30 S, Ochsen und Kalbinnen 8 bis 9.80 S.

Der Durchschnittspreis für Inlandrinder ermäßigte sich bei Ochsen um 4 Groschen, bei Stieren um 10 Groschen, bei Kühen um 8 Groschen, bei Kalbinnen um 19 Groschen je Kilogramm. Er beträgt für Ochsen 11.22 S, für Stiere 11.93 S, für Kühe 8.65 S, für Kalbinnen 11.19 S. Beinlvieh verbilligte sich bis zu 20 Groschen je Kilogramm.

- - -